

1/02 Das jüdische Graz – ein Streifzug

In dieser Ausgabe:

- Kommentar und Editorial
- „in der deutschesten Stadt, in Graz“
- Licht und Geschichte als Baustoffe
- „Ich habe nie verstanden, warum man uns die Synagoge nicht zurückgegeben hat.“
- Eine neue Zeit
- transversal.
- Antisemitismus in Vorarlberg
- Steffi bei GEDENKDIENTST
- Der lange Schatten der NS-Medizin
- Von der Zwangssterilisierung zur Ermordung
- Minsk – ein Aufbruch
- Die österreichischen Opfer des Holocaust
- „Es ist nicht alles wurscht...“
- Meine Zeit als EVSlerin am Anne Frank Zentrum Berlin in Berlin
- Telegramm

Wem nützt die Diskussion um die Beneš-Dekrete?

Die Beneš-Dekrete und die Frage der Vertreibung von Millionen Deutschen nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs aus Ost- und Südosteuropa hat in den letzten Monaten in der Öffentlichkeit die Diskussion um die NS-Zeit und die Frage nach der Entschädigung von NS-Opfern in Österreich in den Hintergrund gedrängt. Zweifellos haben die Beneš-Dekrete und die Avnoj-Beschlüsse in einem Europa, das gerade dabei ist, sich eine gemeinsame Verfassung zu geben, keinen Platz. Ihnen liegt nicht nur ein nationalistisches Konzept zu Grunde, sondern sie gehen auch von der These einer Kollektivschuld aus, indem alle Deutschen pauschal zu „Verrätern“ und „Staatsfeinden“ erklärt wurden.

Die Beneš-Dekrete, die Avnoj-Beschlüsse und die Diskussion darüber dienen als vorzügliches Vehikel, um revisionistisches Gedankengut wieder aufzuwärmen und um gegen den EU-Beitritt von Tschechien, der Slowakei und Slowenien Stimmung zu machen. Die selbsternannten „Schutzherren“ der Vertriebenen sind wohl wenig an einer offen-ehrliehen Diskussion interessiert und versuchen vielmehr, aus einer möglichst großen Polarisierung und Emotionalisierung der Debatte tagespolitisches Kleingeld für sich herauszuschlagen. Dadurch wird aber der Sache der Opfer der Vertreibungspolitik ein schlechter Dienst erwiesen. Irene Kunz, eine der Vertreterinnen der deutschsprachigen Minderheiten in Tschechien, meinte in einem Zeitungsinterview: „Die Minderheit wird da hineingezogen, ob wir das wollen oder nicht. Es bringt uns gar nichts, wenn die Politiker einander angreifen.“

Die Diskussion, die jetzt der Tschechischen Gesellschaft von außen aufgezwungen wird, wird im besten (unrealistischen) Fall überhaupt nur zu einer oberflächlichen, symbolhaften Auseinandersetzung mit der eigenen Geschichte und im schlechtesten (realistischen) Fall zu nationalistischen Reflexen und zur Forderung nach einem nationalen Schulterschluss führen; eine Situation die nur den radikalen Nationalisten dies- und jenseits der Grenze nützt. Die aktuelle Debatte um die Beneš-Dekrete wird daher kein Umdenken der öffentlichen Meinung in Tschechien oder sonstwo herbeiführen. So ist es fatal, dass die sogenannte „antifaschistische Linke“, die Sozialdemokraten und Grünen zu den Beneš-Dekreten weitgehend schweigen und die öffentliche Diskussion beinahe nur von jenen geführt wird, denen mehr an Eskalierung, Polarisierung und Emotionalisierung gelegen ist. Schade auch, dass von den Vertriebenen-Organisationen keine anderen Signale gesetzt werden. Im Gegenteil, so manche Organisation verbreitet revisionistische Geschichtsauffassungen. In einem Info-Folder der „Sudentendeutschen Landsmannschaft in Österreich“ wird gar das „Münchener Abkommen“ vom September 1938, (in dem Hitler-Deutschland die Abtrennung des Sudetenlandes erreichte) als „späte Erfüllung des Selbstbestimmungsrechtes“ gefeiert. Für die Landsmannschaft fallen anscheinend die über 40.000 Sudetendeutschen, die als Folge des „Anschlusses“ des Sudetenlandes an das Deutsche Reich in KZs verschwand, nicht ins Gewicht. Wenn dann, in Anspielung auf eine UN-Resolution aus dem Jahr 1974, in der den Palästinensern die Rückkehr in ihre Heimstätten und die Rückgabe des geraubten Vermögens zuerkannt wurde, festgestellt wird: „Unsere Forderung kann nicht deswegen geringeres Gewicht haben, weil wir sie stets ohne Anwendung von Gewalt (!) vertraten“, stellt sich die Frage nach der politischen „Europareife“ dieses Vertriebenenverbandes.

Wenn die Opfer der Vertreibungen und deren Nachkommen die moralische Anerkennung ihrer Leiden erlangen möchten, müssen sie sich von allen revisionistischen Organisationen und von selbsternannten „Schutzherren“ emanzipieren. Der Weg führt nur über eine gemeinsame Aufarbeitung der Geschichte, jenseits von Tagespolitik, parteitaktischem Verhalten und Vereinsmeierei. Und dabei sollten die Verbrechen an deutschsprachigen Menschen nach 1945 in Osteuropa auch im historischen Kontext von dem gesehen werden, wodurch sie letztendlich auch mitverursacht wurden: Die Politik der Versklavung und Vernichtung der slawischen Bevölkerung Osteuropas während der nationalsozialistischen Besetzung, die manche noch immer als eine Art „ordentlicher Beschäftigungspolitik“ bezeichnen.

Christian Klösch, Historiker und Obmann Verein GEDENKDIENTST

Editorial

Liebe Leserin!
Lieber Leser!

Die erste Ausgabe von GEDENKDIENTST im Jahr 2002 hat diesmal die Geschichte und Gegenwart der jüdischen Gemeinde in Graz zum Inhalt. Die Mitarbeiter der Regionalgruppe Steiermark sind der Frage

nachgegangen, wie sich das Leben der Juden nach der Eröffnung der Synagoge in Graz, vor mittlerweile eineinhalb Jahren, geändert hat. Zu diesem Fragenkomplex lesen Sie das Interview mit dem Präsidenten der Israelitischen Kultusgemeinde in Graz. Hermann Zwanzger, Manuel Habberger, Wolfgang Weritsch und Martin Schemeth sei an dieser Stelle für die inhaltliche Konzeption des Schwerpunkts gedankt. Ein Aufsatz von Gerald Lamprecht, der zur Zeit am Grazer David Herzog Zentrum an einer Dissertation über die Geschichte der Juden in der Steiermark arbeitet, rundet dieses Thema ab. Harald Walser beschreibt hingegen das offenbar gänzlich konträre gesellschaftliche Klima in Hohenems in Vorarlberg, wo es im Juni 2001 zur Schändung des jüdischen Friedhofs und zu bemerkenswerten Reaktionen von Seiten der Stadtväter kam.

Über den Zivildienst war in den letzten Monaten auf Grund der Kürzung durch den Auslandsdienst Förderverein kaum Positives zu berichten. Nun hat sich aber zumindest für GEDENKDIENT eine wichtige positive Entwicklung ergeben: Nach langer Suche konnten wir, dank der Unterstützung der Israelitischen Kultusgemeinde in Wien, neue Räumlichkeiten im Haus Rabensteig 3 im ersten Wiener Gemeindebezirk beziehen! Neben zwei Büros stehen uns nun auch ein Bibliotheks- und ein Veranstaltungsraum für unsere wöchentlichen Mittwochstreffen zur Verfügung! Unser altes Büro in den Räumen der Fachschaft Informatik an der TU Wien war durch den Ausbau unserer Aktivitäten zu klein geworden. Wir möchten die Gelegenheit nutzen, Ihnen in dieser Ausgabe auch unsere EVS- Freiwillige aus Berlin, Stefanie Lucas, vorzustellen, die derzeit unser Büro-Team bestehend aus Judith Pfeiffer und Matthias Kail tatkräftig unterstützt.

Die Aktivitäten zum 10-jährigen Bestehen des Verein Gedenkdienst im Mai 2002 werfen bereits ihren Schatten voraus: Im Mittelteil der Zeitung finden sie das Programm zur Tagung „Vermächtnis Holocaust. Strategie der Nachgeborenen im Umgang mit Nationalsozialismus und Holocaust.“ Zu dieser hochkarätig besetzten Tagung können Sie sich ab sofort im Bildungshaus St. Virgil, Salzburg, Tel. +43 (0662) 659 01-514, anmelden. In der Hoffnung, Sie im Mai bei unserer Tagung persönlich begrüßen zu dürfen, verbleibe ich

Herzlichst Ihr,
Cristian Klösch, Obmann Verein GEDENKDIENT

„in der deutschesten Stadt, in Graz“

Die jüdische Gemeinde von Graz bis 1938

Am 9. November 2000 wurde der Israelitischen Kultusgemeinde in Graz die wiedererrichtete Synagoge am David- Herzog-Platz übergeben. Genau 62 Jahre nach der Zerstörung der alten Synagoge in der Reichspogromnacht 1938 erhielt damit die kleine jüdische Gemeinde der Steiermark, Kärntens und des südlichen Burgenlandes ein sichtbares Zeichen ihrer Existenz in der steirischen Landeshauptstadt.

Die Errichtung und Übergabe der Synagoge stellte gleichsam den Höhepunkt einer Entwicklung dar, die in einer verstärkten Beschäftigung der Mehrheitsbevölkerung mit der eigenen Vergangenheit bestand. Demnach steht dieser Bau für eine (erfolgreiche?) Aufarbeitung der Vergangenheit der Grazer/innen wie auch für einen Neubeginn jüdischen Lebens, der sich vor allem durch verstärkte Präsenz in der Öffentlichkeit – etwa erstmals durch ein eigenes Kulturprogramm – bemerkbar macht.

Zwar versucht die Architektur des Neubaus eine bauliche, stilistische und auch lokale Kontinuität zur Synagoge des 19. Jhd. herzustellen, doch kann damit an die erfolgreiche Vergangenheit jüdischen Lebens in der zweiten Hälfte des 19. und den ersten Jahrzehnten des 20. Jhd. sicherlich nicht angeschlossen werden. Die Errichtung und Einweihung der Synagoge 1892 war ein Zeichen der sich formierenden und an Selbstbewußtsein gewinnenden jüdischen Gemeinde, während der Neubau und die Übergabe auf dem Bewußtsein einer historischen Verantwortung der nichtjüdischen Mehrheitsbevölkerung fußt.

Rechtliche Unsicherheit

Der Beginn der „modernen“ jüdischen Gemeinde in Graz kann Mitte des 19. Jhd. angesetzt werden, wobei sich die Entwicklung zur zweitgrößten Israelitischen Kultusgemeinde neben Wien auf mehrere Jahrzehnte erstreckte und nur schrittweise voran ging.

Eine Besonderheit der Steiermark bestand im beinahe 400-jährigen Siedlungs- und Aufenthaltsverbot für Juden im Herzogtum Steiermark, das sich Kaiser Maximilian I. von den steirischen Ständen mit einer sogenannten „Judenablöse“ abkaufen ließ. Zwar erfuhr dieses in den Quellen als „Juden Sperre“ bezeichnete Verbot durch die Gesetzgebung Josefs II. eine Aufweichung, zu seiner Aufhebung kam es jedoch erst in Folge der Ereignisse des Jahres 1848.

Aus der Gleichstellung aller Untertanen ohne Rücksicht auf die Konfession leiteten einige westungarische jüdische Händler für sich das Recht ab, in der Steiermark Handel zu treiben, sich niederzulassen und erste Einrichtungen für ihr religiöses Leben zu errichten. Eine Vorstellung, die von der steirischen Bürokratie und Bevölkerung nicht im vollen Umfang geteilt wurde.

Generell ist diese erste Phase der Ansiedlung von rechtlichen Unsicherheiten geprägt. Während die jüdischen Händler aus der Verfassung vom März 1849 ihr Recht auf freie Mobilität und Niederlassung ableiteten, bezogen sich die steirischen Behörden auf das Ausweisungsdekret Kaiser Maximilians I. und forderten „judenrein“ zu bleiben. Auch mehrmalige Anfragen bei den Zentralbehörden in Wien konnten diesem Zustand, der zu widersprüchlichsten Entscheidungen führte, kein Ende bereiten. So wurden Juden als unliebsame Konkurrenten (Hausierhandel) in manchen Orten ausgewiesen, in anderen erhielten sie wiederum Aufenthaltsgenehmigungen.

Ein Ende dieser Willkür brachte erst die endgültige Aufhebung des Niederlassungsverbotes im Jahr 1861 mit sich. Eine Folge daraus war die Anmietung eines Betlokales, die Eröffnung von koscheren Gaststätten, die Anmietung eines rituellen Bades, der Erwerb eines Friedhofes, die Abhaltung von Religionsunterricht und eine inoffizielle eigenständige Matrikenführung. Die Abhaltung von öffentlichen Gottesdiensten blieb jedoch weiterhin untersagt.

Federführend für diese erste Konstituierung eines Gemeindelebens war die 1863 gegründete Israelitische Corporation, aus der im Zuge 1869, auf der Basis der Vereinsgesetzgebung, die IKG entstehen sollte.

Die Kultusgemeinde

Eine endgültige legistische Umsetzung der jüdischen Emanzipation ergab sich erst durch das „Israelitengesetz“ vom März 1890. Die Erhebungen, die nun durchgeführt wurden, zeigten daß sich bis dahin nicht alle in Graz lebenden Juden der jüdischen Gemeinde zugehörig fühlten und daß vor allem die Kärntner Juden die Gründung einer eigenen Kultusgemeinde anstrebten. Diese unterschiedlichen Positionen führten zu langwierigen Diskussionen, deren Ergebnis die Statuten von 1896 waren. Demnach war die Grazer Gemeinde zuständig für die Herzogtümer Steiermark, Kärnten und Krain, wobei die in

Graz und Umgebung lebenden Juden der Gemeinde beitreten mußten während die übrigen dieser nur zugewiesen wurden.

Für die Grazer Gemeinde bedeutete diese Regelung nicht nur eine rechtliche Klarstellung, sondern damit fand der Einigungs- und Identitätsbildungsprozeß innerhalb der Grazer Jüdischkeit vorläufig seinen Abschluß.

Die Jahre bis zum Ersten Weltkrieg und Untergang der Habsburgermonarchie waren vor allem durch ein demographisches Anwachsen wie auch den Auf- und Ausbau von religiös-sozialer Infrastruktur geprägt. Lebten Ende der sechziger Jahre etwa 250 Juden in Graz, so waren es bei der Volkszählung 1880 bereits 1.211 und 1910 1.971. Insgesamt machte die jüdische Minderheit jedoch nie mehr als 1 - 2 % der Gesamtbevölkerung aus. Räumlich fand eine Konzentration auf die Bezirke Gries und Lend statt. Diese Verteilung änderte sich zwar im Laufe der Jahre mit dem sozialen Aufstieg einzelner Familien, die sich in den gutbürgerlichen Bezirken Geidorf und Leonhard niederließen, doch blieb eine Siedlungspräferenz in den ärmlichen Zuwandererbezirken vorherrschend. Nach einem temporären Anwachsen der jüdischen Bevölkerung durch die Flüchtlingsströme während des Ersten Weltkriegs kam es zu einer Stagnation und schließlich zu einem Rückgang. Zurückgeführt wird dieser auf das Ende der Zuwanderung, Geburtenrückgang und verstärkte Austritte aus der IKG.

Daß diese kleine Gemeinde es zu religiöser, kultureller und sozialer Prosperität brachte, zeigt sich vor allem an einer Vielzahl von Vereinsgründungen, der Bestellung eines eigenen Rabbiners (Samuel Mühsam 1877) wie auch einem gestärkten Auftreten nach außen.

Das Spektrum der Vereinsgründungen umfaßte sozial-religiöse Vereine, Studenten-, Geselligkeits- und Sportvereine, die vor allem nach dem Ersten Weltkrieg verstärkt zionistisch ausgerichtet waren.

Eine einschneidende Zäsur in dieser Entwicklung bildete der Erste Weltkrieg und der Zerfall der Monarchie. Einerseits erlag das kulturelle Vereinsleben und andererseits verstärkte sich der Antisemitismus in der Öffentlichkeit. Ausschlaggebend dafür dürfte vor allem das Wegfallen der schützenden Gesetzgebung seitens der Habsburgermonarchie wie auch die verschärfte wirtschaftliche Lage, die nach Schuldigen verlangte, sein. Der aufflammende Antisemitismus wurde von vielen als ein Scheitern der Assimilationsbestrebungen verstanden und mündete in eine verstärkte Neugründung von Vereinen in den 20er und 30er Jahren. Zu nennen sind hier vor allem die Gründung der „Hakoah“ 1919, der Loge „Graz“ des unabhängigen Ordens „B'nai B'rith 1928, die Neugründung der Studentenverbindung „Charitas“ 1929 und der Ortsgruppe des „Bundes Jüdischer Frontsoldaten“ 1934. Eine besondere Blüte erlebten vor allem zionistische Vereine. Sie konzentrierten sich auf die Stärkung des jüdischen Selbstbewußtseins, durch Abhaltung von Hebräischkursen und Veranstaltungen zur jüdischen Geschichte und Kultur. Weiters wurden Vorbereitungskurse in ökonomisch-handwerklicher Hinsicht angeboten und unter Mitwirkung der „Hechaluz“ ein Stadtkibbuz errichtet.

Den zionistischen Bestrebungen standen zum Teil der Vorstand der IKG und die konservativen Vereine gegenüber, welche sich durchwegs loyal zum Ständestaat verhielten.

Antisemitismus

Wurde der Antisemitismus erst mit dem Ende der Habsburgermonarchie aggressiv proklamiert, so zeigt sich, daß er nicht erst in dieser Zeit entstanden ist. Die Ansiedlung und Konstituierung der jüdischen Gemeinde war immer von antisemitischen Anfeindungen begleitet.

So erließ im Jahr 1894 der Gemeinderat von Graz ein allgemeines Schächtverbot, das zu einem Proteststurm von Kultusgemeinden der ganzen Monarchie führte, oder akademische Vereine schlossen jüdische Studierende aus. Besonders die Grazer Universität kann in dieser Phase als ein zentraler Ort des Antisemitismus bezeichnet werden. Bezeichnenderweise untersagte das Rektorat der Karl-Franzens-Universität die Gründung des jüdischen Studentenvereines „Ivrea“ zunächst mit der Begründung: „Es läßt sich erwarten, daß die Gründung eines akademischen Vereines, der sich die Hebung des jüdischen Nationalbewußtseins zur ersten Aufgabe stellt (§2), an der Grazer Universität, an der ein Theil der Studentenschaft theils offen, theils unausgesprochener antisemitischer Anschauung ist, mancherlei Störung der akademischen Ordnung zur Folge haben kann.“

Aber auch in publizistischer Hinsicht kam es bereits um 1900 zu antisemitischen Veröffentlichungen. So publizierte der Styria-Verlag 1899 das Buch des Stainzer Kaplans Johann Seidl mit dem Titel „Der Jude des Neunzehnten Jhd. oder Warum sind wir antisemitisch?“.

Einen Höhepunkt sollte der publizistische Antisemitismus durch die Veröffentlichungen des Leopold Stocker Verlages in den 20er und 30er Jahren erreichen. Als Beispiel sei an dieser Stelle nur die

antisemitische Hetzschrift übelster Sorte: „Juda. Kritische Betrachtungen über das Wesen und Wirken des Judentums“ von Carl Paumgarten alias Regierungsrat Dr. Karl Huffnagl angeführt.

Aber auch in Zeitungen und im Alltagsleben nahmen die antisemitischen Angriffe nach dem Ersten Weltkrieg zu. Dabei reicht die Palette der Agitationen von körperlichen Angriffen, der Störung von jüdischen Veranstaltungen, dem Streuen von Flugzetteln bis hin zu bis hin zu vorgeblich wissenschaftlichen Diskussionsveranstaltungen.

Einer der bedeutendsten Aufklärer gegen diese antisemitischen Angriffe war der seit 1908 in Graz wirkende Rabbiner David Herzog, der auch als Privatdozent an der Grazer Universität unterrichtete. Er setzte sich in verschiedensten Veröffentlichungen wie auch in öffentlichen Veranstaltungen gegen die Angriffe zur Wehr. Herzog war es auch, der sich erstmalig neben Artur Rosenberg mit der Geschichte der Juden in der Steiermark beschäftigte. Und als führender Repräsentant der Grazer Juden nahm er erstmalig als Stadt- und Landesschulrat eine öffentliche Funktion wahr und erhielt offizielle Ehrungen seitens der Stadt Graz und der Republik Österreich.

Trotz dieses antisemitischen, deutschnationalen Klimas in Graz war es der jüdischen Gemeinde im Zeitraum von etwas mehr als 80 Jahren gelungen, eine eigenständige jüdische Identität aufzubauen, was sich sowohl in der ausgeprägten Vereinslandschaft als auch in der Herausgabe eigener Zeitungen, wie dem Israelitischen Gemeindeboten und den Mitteilungen der IKG widerspiegelt.

Das Ende

Einen Abbruch erlebte diese Entwicklung mit dem „Anschluß“ und den Ereignissen der Jahre 1938-45. Bereits vor dem 12. März kam es zu Demonstrationen von Nationalsozialisten, die von antisemitischen Tönen begleitet waren und dadurch das Bild der „Stadt der Volkserhebung“ prägten. Ähnlich anderen österreichischen Städten kam es unmittelbar nach dem „Anschluß“ zu ersten Verhaftungen, die Repräsentanten der IKG und Vertreter der jüdischen Vereine betrafen. Weiters wurde bereits am 17. März ein Schächtverbot verkündet und die jüdische Geschäftstätigkeit gestört. Neben der Zerstörung der religiösen und kulturellen Lebensgrundlagen ging das Regime sehr rasch dazu über, die Juden aus dem Erwerbsleben zu verdrängen und im Zuge der „Arisierungen“ zu berauben. Alle jüdischen Vereine wurden durch die Stillhaltekommission aufgelöst und das Vermögen beschlagnahmt. Ziel war eine völlige Entrechtung, Beraubung und – zu diesem Zeitpunkt noch – Vertreibung aus der Steiermark.

Von den „Erfolgen“ dieser Politik berichtet der Präsident der IKG Sonnenwald im August 1938 der Landeshauptmannschaft, daß seit März 1938 an die 150 Personen abgewandert seien. Eine genaue Aufstellung könne er allerdings nicht angeben, da sich der Stand täglich ändere.

Den traurigen Höhepunkt erreicht diese Politik in der Reichspogromnacht vom 9. auf den 10. November 1938. In einer geplanten Aktion, unter Mitwirkung der lokalen Feuerwehr, die sich um den Schutz der umliegenden Gebäude kümmerte, und in Anwesenheit des Grazer Bürgermeisters wurden die Synagoge und das Amtsgebäude mit eigens von der SA dafür bereitgestellten Benzinfassern in Brand gesteckt. Auch die Zeremonienhalle am Wetzelsdorfer Friedhof wurde eingäschert. Gleichzeitig wurden rund 300 Männer verhaftet und nach Dachau verschickt.

Mit der Reichspogromnacht änderte sich auch die Gangart der Vertreibungspolitik. Die „Rumpfgemeinde“, die sich fortan „Auswanderungs-, Beratungs- u. Fürsorgestelle“ nannte und am Entenplatz angesiedelt war, wurde von der Gestapo dazu angehalten, „die Auswanderung der Juden zu forcieren und so der Verpflichtung unserer Auswanderungsstelle nachzukommen“, wie dies in einem Schreiben der Fürsorgestelle an den Stillhaltekommissar Brunner im Jänner 1939 beschrieben wird. Tatkräftige Unterstützung erhielten die Grazer Behörden dabei von der „Zentralstelle für Jüdische Auswanderung“ in Wien, die die „Aktion Judenauswanderung aus der Steiermark“ initiierte. Ziel dieser Aktion war die Auswanderung vermögender Juden unter völligem Verzicht ihres Besitzes.

Am 31. Oktober 1939 konnte der Oberbürgermeister von Graz der Landeshauptmannschaft berichten: „Die Israelitische Kultusgemeinde besteht faktisch nicht mehr, da keine Mitglieder vorhanden sind. Die letzten verlegten ihren Wohnsitz nach Wien und werden von der Kultusgemeinde Wien betreut. Hier wohnen nur noch Juden, die mit Ariern verheiratet sind. Das Vermögen des Israelitischen Kultusgemeinde besteht derzeit nur mehr in Liegenschaften, da das ganze Vermögen für Zwecke der Auswanderung verwendet wurde. Den Verkauf der Liegenschaften, welche beim dortigen Bürgermeisteramt bekannt sind, führt der Stillhaltekommissar in Wien, da der Erlös derselben dem Wiederaufbaufonds in der Ostmark (Büro Bärkel) eingewiesen werden wird. Ein Teilbetrag ist noch für jüdische Auswanderung bestimmt. Kultusgeräte wurden, soweit sie beim Tempelbrand nicht zugrunde gegangen sind, dem Joanneum überwiesen. Die Bibliothek, soweit sie noch erhalten ist, wurde an die

Nationalbibliothek in Wien abgetreten. Ein rechtlicher Vertreter für die Grazer Kultusgemeinde besteht nicht.“

Letztendlich wird die IKG, die ihre Tätigkeit bereits im Oktober 1939 einstellen mußte, erst im Mai 1941 endgültig aufgelöst. Der Grund für diese Verzögerung lag einzig darin, daß man „rechtlich“ jemanden brauchte, dem man die noch nicht „abgewickelten“ Liegenschaften wegnehmen konnte. Damit war auch formal der Hinweis auf jüdisches Leben in der Steiermark gelöscht und somit ein Schlußstrich unter die „moderne“ jüdische Gemeinde der Steiermark gesetzt worden.

Gerald Lamprecht, Historiker und Mitarbeiter am David Herzog Centrum

Licht und Geschichte als Baustoffe

Die Architekten Ingrid und Jörg (†) Mayr zeichnen verantwortlich für den Entwurf der neuen Synagoge. Sie hatten schon 1989 die Planung für die Zeremonienhalle am Grazer Jüdischen Friedhof übernommen, die in den Ausschreitungen der Reichspogromnacht ebenso zerstört wurde, wie die Synagoge. 1991 konnte der Wiederaufbau abgeschlossen und das Gebäude der Israelitischen Kultusgemeinde von der Stadt Graz zurückgegeben werden.

Für die Architekten war es ein Anlass, sich mit der Geschichte der Juden in der Region, und mit jüdischer Liturgie im besonderen auseinander zu setzen. Ein Wissen, auf das die Stadt wieder zurückgreifen sollte. Mit dem einstimmigen Beschluss vom 21. Oktober 1998, auch die Synagoge wieder zu errichten, trat die Stadt erneut an das Büro Mayr & Mayr heran. Der gestalterische Rahmen war weit gefasst. Die alte Synagoge sollte nicht rekonstruiert werden, die neue aber einen Bezug zur zerstörten herstellen. Am 9. November 2000, auf den Tag 62 Jahre nach den Ausschreitungen der Reichspogromnacht wurde die neue Synagoge feierlich übergeben.

Das Resultat ist ein schlichter und ruhiger Bau. Auf einem annähernd quadratischen Grundriss wird der Zentralraum von einem Quader umschlossen. Funktionen im Innenraum des Gebetshauses durchbrechen dieses Korsett und finden Entsprechung in der Außenhaut, wo sie durch Vorsprünge sichtbar werden und die Fassaden gliedern. Eine gläserne Kuppel schließt das Bauwerk nach oben hin ab und überspannt nahezu den gesamten Zentralraum.

Glas nimmt auch große Teile der Fassaden ein, aber die klaren, roten Ziegelflächen bleiben bestimmend. Der Ziegel verhüllt die Stahlbetonkonstruktion und schafft einen ersten konkreten Bezug zum Backsteinbau der alten Synagoge. Nachdem das Gebäude von den Nationalsozialisten gesprengt worden war, wurde das Grundstück geräumt und eingeebnet. Die unbeschädigten Ziegel verwendete man für den Bau einer Garage. Erst seit 1983 hat eine Installation des Künstlers Fedo Ertl vor Ort den Verbleib der Ziegel in Erinnerung gerufen.

Auf Initiative der Architekten wurde die Garage abgetragen. Die Ziegel wurden gereinigt und an den Ort ihrer Bestimmung zurückgebracht. Das Kellermauerwerk der alten Synagoge war weitgehend erhalten. Mit den alten Steinen wurde es ergänzt und bis auf 1m über das umliegende Gelände hochgezogen. Fragmente der beiden Türme an der Ostseite der alten Synagoge wurden mit den Steinen wieder aufgestellt, sowie ein Teil der Apsis, die dazwischen lag. Es ist wohl die unmittelbarste Verbindung, die damit zum zerstörten Bauwerk geschaffen wurde. Die verwitterte Oberfläche der alten Steine atmet Geschichte, und sie erinnert daran, was geschehen ist. Vielleicht ist sie auch Ausdruck der Hoffnung, an die Zeit davor anschließen zu können.

Symbolisch wächst die neue Synagoge aus den Fundamenten der alten. Sie ist kleiner als der vorangegangene Bau, auch als Zeichen der weit kleineren Gemeinde der Nachkriegszeit. Tatsächlich wurde der Neubau in die Kellerummauerung hineingestellt und ist konstruktiv von ihr unabhängig. Das Untergeschoss nimmt heute einen Mehrzwecksaal auf, der für verschiedene Veranstaltungen genutzt wird, auch für den Religionsunterricht für die Schulkinder der Kultusgemeinde.

Die Innenräume der Synagoge empfangen den Besucher in heller und schlichter Atmosphäre. Die großzügigen Glasflächen, die an den Außenfassaden den Ziegel durchbrechen, treten hier in Kontrast mit den großen Oberflächen der Wände, die einheitlich weiß gestrichen sind.

Kein überflüssiger Dekor beansprucht die Aufmerksamkeit des Betrachters. Nur das Licht, das durch die Kuppel in den Zentralraum der Synagoge fällt, zeichnet in gleißenden Strahlen Schatten auf diese Flächen oder füllt den Raum mit diffusem Licht. Es ist ein Spiel mit unserer üblichen Erwartungshaltung an einen sakralen Ort, mit der Assoziation an den karg und mystisch beleuchteten Raum, in dem ein gebündelter Strahl die Gegenwart Gottes symbolisiert und nicht ein Lichtermeer, und es ist überraschend, wie sakral die Stimmung dennoch ist, die in diesem lichtdurchfluteten Raum entsteht. Mit jeder Tageszeit, mit jeder Wetterlage ändert sich das Lichtspiel und wird gleichsam zu einem liturgischen Bestandteil.

Das großartigste Detail aus der Feder der Architekten liegt in der Tragkonstruktion der Kuppel. 12 schlanke, blaugestrichene Stahlstützen schließen einen Kreis um den Zentralraum und erinnern an die 12 Stämme Israels. Sie ragen empor, vorbei an der Galerie, die ringförmig den Raum umschließt, bis unter den Ansatz der Kuppel, wo sie sich der Wölbung beugen. Über der Mitte des Raumes vereinen sie sich zu einem Davidstern. Symbol und Konstruktion gelangen hier zu vollkommener Übereinstimmung. Wer den Raum betritt, verfängt sich mit seinem Blick im Kreis der blauen Linien, folgt ihnen und verharrt im

Anblick der Kuppel. In die gläsernen Scheiben der Kuppel sind Psalmen der Thora eingraviert. Das Gebet als Mittler zwischen den Menschen und Gott wölbt sich gleichsam über den Köpfen der Gemeinde.

Manuel Habegger, Architekturstudent und Mitarbeiter der Regionalgruppe Graz

„Ich habe nie verstanden, warum man uns die Synagoge nicht zurückgegeben hat.“

Interview mit Gerard Sonnenschein, Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde Graz

Was hat sich seit ihrem Amtsantritt und der Wiedereröffnung der Synagoge geändert?

Ich und der neue Vorstand der IKG Graz sind mit dem Ziel der Öffnung der Gemeinde nach außen und nach innen angetreten. Die Öffnung nach innen ist uns absolut gelungen, wir sind von 100 Mitgliedern auf etwa 130 gewachsen. Wir haben jetzt drei Schulklassen und Gottesdienste werden heute häufiger gefeiert als noch vor einem Jahr. Die Öffnung nach außen ist uns noch besser gelungen. Die Ängste, dass es Ressentiments von Seiten der Bevölkerung oder Probleme mit Neonazis geben könnte, haben sich als völlig unbegründet erwiesen. Im abgelaufenen Jahr gab es eine Vielzahl von Veranstaltungen in der Synagoge, die bei der Grazer Bevölkerung auf reges Interesse stießen. Wenn dieser Trend anhält, bin ich sehr zufrieden.

Sind sie bestrebt auch in Zukunft vermehrt an die Öffentlichkeit zu treten und wenn, in welcher Form?

Wir planen mit Informationen über das Judentum verstärkt an die Schulen zu gehen. Es wird derzeit auch eine Dokumentation über die Grazer Kultusgemeinde gedreht. Ich hoffe, dass spätestens 2003 die Kinder dieses Video in den Schulen haben werden. Es gibt auch eine Dame vom ORF, die das jüdische Leben das gesamte Jahr über filmt. Das wird sicher eine ganz gute Sache.

Bei der Eröffnung der Synagoge wurde die Kritik laut, dass es zwar schön sei, dass es sie jetzt gibt, aber man wisse nicht, ob es jetzt nicht schon zu spät sei. Wie stehen Sie zu dieser Aussage?

Ich persönlich habe nie verstanden, warum man uns die Synagoge nicht zurückgegeben hat. Allerdings: wir haben das ja auch nicht gefordert. Nicht alle Mitglieder der Gemeinde waren damit einverstanden. Es war aber auch nicht so, dass wir gesagt haben, wir wollen jetzt eine Synagoge und dann ist sie gebaut worden – überhaupt nicht. Sondern, und das möchte ich betonen, alle in der Grazer Stadtregierung vertretenen Parteien haben einstimmig beschlossen, uns diese Synagoge quasi zurückzugeben.

Ist die Angst unter den Mitgliedern geringer geworden?

Ja. Die Entwicklung war ja auch unerwartet positiv. Unsere Veranstaltungen sind bestens besucht, kürzlich hatten wir Fritz Mullar zu Gast, da kamen 265 Besucher! Mehr als eigentlich in die Synagoge hineingehen.

Haben sie das Gefühl, dass sich die Situation in Graz, dem von den Nationalsozialisten der zweifelhafte Ehrentitel „Stadt der Volkserhebung“ verliehen worden war, tatsächlich verbessert hat, oder dass man sich einfach öffentlich nicht mehr traut, antisemitisch aufzutreten?

Der Antisemitismus ist natürlich latent vorhanden. Aber ich habe das Gefühl, dass dieser Antisemitismus irgendwie eigenartig geworden ist. Wir Juden, das Gefühl habe ich, sind mittlerweile „in“ und Israel ist „out“. Das finde ich seltsam. Allerdings ist der vorhandene Antisemitismus in den letzten Jahrzehnten ohnehin immer ohne Juden ausgekommen. Nach dem Krieg hat ja kein Mensch gewusst, was oder wer ein Jude ist. Juden waren noch immer so im Bewusstsein der Menschen, wie sie im „Völkischen Beobachter“ dargestellt wurden, mit den typischen Nasen und Ohren und dergleichen. Jetzt gibt es in Graz wieder eine Synagoge, die Leute gehen da hin, sehen, das sind Juden, die schauen aus wie alle anderen. Die gibt es in allen Farben, in allen „Rassen“; also man sieht, dass die Juden ganz gleich sind wie alle anderen. Das ist eine sehr positive Entwicklung.

Sie waren in der Kultusgemeinde von klein auf dabei?

Ich bin heute nicht wirklich religiös, war es als Kind aber schon. Ich bin teilweise in Marokko und teilweise in Österreich aufgewachsen. Mein Vater war in erster Linie Österreicher und in zweiter Linie war er jüdischer Religion. Mein Großvater mütterlicherseits war allerdings Rabbiner, also sehr religiös. Mir hat das als Kind immer gefallen, wenn ich in Marokko war und mit meinem Onkel in die Synagoge gegangen bin.

Juden im allgemeinen werden häufig mit dem Staat Israel identifiziert werden. Wie sehen Sie diese Problematik?

Wenn ich von mir persönlich spreche: Ich bin Österreicher, ich fühle als Österreicher, ich war auch beim Bundesheer, nicht gerne, aber immerhin. Natürlich habe ich auch eine innere Bindung zu Israel. Ich habe dort auch Familie. Aber ich bin Österreicher. Wenn Österreich gegen Israel Fußball spielt, drücke ich Österreich die Daumen.

Sie leben seit kurz nach dem Zweiten Weltkrieg in Graz. Wenn Sie jetzt zurückblicken, wie war es in den 50er und 60er Jahren, Jude in Graz zu sein, und wie ist es heute. Gibt es da Unterschiede?

Für mich schon. Gut, ich bin älter geworden und die Umgebung jünger und weniger belastet. Natürlich hatte ich in der Schule Probleme. Ich hatte einen Professor, der offener Antisemit war. Beim Bundesheer hatte ich Probleme mit meinem Ausbilder. Ich hatte Schwierigkeiten, weil ich immer offen Jude war. Das ist so weit gegangen, dass ich dann, so mit 20, 30, als ich auch sportlich tätig war, mit einem T-Shirt mit einem großen Davidstern darauf Tennis gespielt habe. Das war natürlich provokant, aber das war eben das Alter. Heute ist Multikulturalität normal, früher gab es zum Beispiel nicht so viele Moslems, nicht so viele Schwarze. Ich hatte seinerzeit einen Freund, der Untermieter bei meiner Mutter war, der war aus Schwarzafrika; das war so, dass ich mit ihm auf der Straße gegangen bin und da hat ein Kind geschrien: „Schau Mama, a Neger!“ Heute schaut kein Mensch mehr. Also da hat sich schon viel geändert.

Wie sehen die Kontakte zu den während der nationalsozialistischen Herrschaft vertriebenen jüdischen Grazern aus?

Zur Wiedereröffnung der Synagoge wurden die, die man noch gefunden hat, eingeladen. Es waren ziemlich viele da, die meisten aus Israel, aber auch aus Südamerika war jemand dabei, und aus Kanada, aber vorwiegend eben Israelis. Ich empfand diese Begegnungen als sehr berührend. Die Besucher wurden alle zu Ehrenmitgliedern der Kultusgemeinde Graz ernannt. Der ehemalige Vizepräsident der Kultusgemeinde hat auch weiterhin Kontakt zu diesen Leuten. Es gibt einen regen Austausch, die Vertriebenen wissen Bescheid, kriegen auch Briefe. Wir schauen wirklich, dass wir diese Kontakte jetzt auch aufrecht erhalten.

Kommen manche der Vertriebenen jetzt wieder lieber nach Graz? Oder ist alles einfach zu lange her?

Einer hat erzählt, er habe seine Küche mit „Graz“ austapeziert. Beim Frühstück hat er den Schloßberg vor sich. Ich kenne einen, der immer wieder kommt. Die meisten jedoch nicht. Man muss differenzieren, es gibt ja auch Leute, die sich weigern, wieder Deutsch zu sprechen und es gibt Leute, die halt wieder herkommen. Ich weiß nicht, was ich machen würde, wenn ich der Generation angehören würde, die den Holocaust und die Vertreibung bewusst miterlebt hat. Aber als Kind habe ich es beispielsweise überhaupt nicht verstanden, warum mein Vater sofort nach dem Krieg von Marokko nach Graz zurückgekehrt ist. Ich habe das überhaupt nicht kapiert damals, warum ich woanders hin soll. Aber nochmals, heute fühle ich mich sehr wohl in Graz.

Sind sie auf Unverständnis gestoßen von emigrierten, ehemaligen Grazerinnen und Grazern, wie sie als Jude überhaupt in Österreich leben können?

Das Unverständnis gibt es nur bei Leuten, die wirklich religiös sind. Die verstehen nicht, dass wir hier leben können, dass man als Jude sozusagen „nicht-religiös“ leben kann.

Zur Altersstruktur in der Kultusgemeinde. Gibt es viele junge Mitglieder?

Wir hatten das Problem, dass wir überaltert waren. Viele sind leider verstorben. Wir sind heute – da zähle ich mich jetzt natürlich nicht dazu – im Vorstand alles junge Leute. Ich darf sagen, dass wir jetzt, durch die vielen Kinder, eher eine junge Gemeinde sind.

Worauf führen sie zurück, dass es heute um dreißig Mitglieder mehr als vor einem Jahr gibt?

Die Synagoge hat uns natürlich neue Möglichkeiten eröffnet. Es ist ein Unterschied ob ich eine Synagoge habe oder irgendeinen Betraum. Vor allem aber sind es die Aktivitäten, die wir gesetzt haben. Dazu kommt die neue Religionslehrerin, die dafür gesorgt hat, dass die Kinder wieder gekommen sind.

Ist es schon seit der Eröffnung der Zeremonienhalle am Zentralfriedhof vor mehr als zehn Jahren zu positiven Entwicklungen in diese Richtung gekommen?

Nein. Gut, das ist ja auch ein Unterschied. Dorthin geht man sterben, und dahin geht man leben.

Es ist ja alles sehr positiv, wie sie es schildern, hat es auch negative Dinge gegeben oder war da überhaupt nichts?

Nein! Sie können das Gästebuch auf unserer Homepage lesen, da habe ich mir auch gedacht, dass es da vielleicht irgendwas geben würde. Aber: Alle Reaktionen sind und waren positiv.

Hat es nach dem Regierungswechsel vor zwei Jahren irgendwelche Änderungen gegeben? Man hört öfters den Vorwurf, dass der Antisemitismus wieder stärker im Kommen sei.

In der Steiermark war davon nichts zu bemerken. Erstens einmal haben wir in Graz den sozialdemokratischen Bürgermeister Alfred Stingl, der ja wirklich sehr viel getan hat und alles was er tut, tut er aus Überzeugung. Auch der ehemalige VP-Landeshauptmann Josef Krainer hat sehr positiv mitgewirkt, vor allem auch der frühere Kulturstadtrat Helmut Strobl von der ÖVP, aber auch Vizebürgermeister Peter Weinmeister von der FPÖ. Wie gesagt: Der Neubau der Synagoge wurde von allen Parteien unterstützt. Den Antisemitismus gibt es natürlich bei vielen Alten immer noch. Aber ich meine, generell ist es so, dass viele Menschen auf Grund des ungelösten Konflikts zwischen Israelis und Palästinensern Vorbehalte gegen Israel haben. Viele Menschen unterscheiden mittlerweile aber zwischen dem Staat Israel und beispielsweise den in Österreich lebenden Juden. Das positive Klima zwischen jüdischen und nicht-jüdischen Grazern können sie sehen, wenn sie einmal zu einer unserer Veranstaltungen in die Synagoge kommen - falls sie einen Platz bekommen. Aber ich möchte abschließend vielleicht doch etwas negatives sagen, trotz aller positiven Geschichten. Ich bin neben der Steiermark ja auch für Kärnten und das südliche Burgenland zuständig. In ganz Kärnten gibt es drei Juden, wobei einer übertreten ist zum Judentum. Im südlichen Burgenland keinen. Die übrigen hat man ganz einfach umgebracht oder vertrieben. Man hat es also doch fast geschafft.

Gerard Sonnenschein, in Casablanca (Marokko) geboren, ist Versicherungsmakler in Graz und seit 15.12.2000 Präsident der Israelitischen Kultusgemeinde für Steiermark, Kärnten und das südliche Burgenland.

Das Interview führten:

Hermann Zwanzger, Jusstudent

Stefan Onzek, Jurist und Gedenkdienstleistender 2002/03

Wolfgang Weritsch, Spanisch- und Russischstudent und Gedenkdienstleistender 2002/03

Martin Schemeth Geschichtestudent

Eine neue Zeit

Die Grazer jüdische Gemeinde ist aus ihrem Dornröschenschlaf erwacht und tritt mit neuem Selbstvertrauen in die Öffentlichkeit.

Am 9. November 2000 begann für die jüdische Gemeinde der Steiermark eine neue Zeitrechnung. Mit der Eröffnung der wiedererrichteten Grazer Synagoge verband man die Hoffnung auf ein Aufblühen des jüdischen Lebens in Österreichs Süden. Aber auch Ängste vor einem erneuten Aufleben des Antisemitismus dominierten das Befinden mancher jüdischer Grazer. Nach einem Jahr ist die Zwischenbilanz eine rundweg positive. Die Gemeinde ist gewachsen, ein anspruchsvolles Kulturprogramm hat viele Grazer zu regelmäßigen Besuchern der Synagoge gemacht. Bei Vorträgen, Diskussionen oder Musikabenden platzte die Synagoge meist aus ihren Nähten (siehe Interview mit Gerard Sonnenschein).

Eine Entwicklung, die für Graz nicht selbstverständlich ist. Bis in die Achtziger Jahre verweilte die Israelitische Kultusgemeinde in einer Art „Dornröschenschlaf“.

Die Gemeinde präsentierte sich nach 1945 völlig verschlossen, die wenigen verbliebenen Mitglieder der einstmals mehr als 2000 Angehörige zählenden Gemeinschaft zogen sich fast völlig aus der Öffentlichkeit zurück. Die Angst, dass durch zu selbstbewusstes Auftreten dem in Graz traditionell verwurzelten Antisemitismus neue Angriffsflächen geboten würden, überwiegte.

Auch das Umfeld blieb schwierig. 1988 wurde nicht nur des Anschlusses im Jahr 1938 gedacht. Eine Grazer Firma, ein 1938 „arisiertes“ Betrieb, feierte damals auch wie selbstverständlich das 50-jährige Jubiläum ihres Bestehens mit einem großen Fest. Sich kritisch mit der Vergangenheit auseinanderzusetzen, war in Graz bis in die 90er Jahre schwierig.

Dass sich die Situation heute doch grundlegend anders präsentiert, ist mehreren Umständen zu verdanken. Die (sehr späte) Gründung der Abteilung für Zeitgeschichte an der Karl-Franzens Universität im Jahr 1983 trug das ihre dazu bei, dass zumindest im akademischen Umfeld mehr Bewusstsein für die neuere Geschichte der Steiermark geschaffen wurde.

Aber auch einige Politiker, allen voran der Grazer Bürgermeister Alfred Stingl, setzten sich zunehmend für einen kritischeren Umgang mit der Geschichte ein. Das führte dazu, dass die Israelitische Kultusgemeinde im Jahr 1989 eine neue Zeremonienhalle am jüdischen Friedhof erhielt. Als Konsequenz fiel auch der Beschluss im Grazer Stadtsenat, die Synagoge wiederzuerrichten, einstimmig, und wurde in Folge auch von allen Fraktionen mitgetragen.

Kurz nach der Eröffnung der Synagoge erschien im Jahr 2001 im Styria-Verlag das Buch „Es gibt nur einen Gott und eine Menschheit“. In diesem Buch geht der Grazer Journalist Wolfgang Sotill der Geschichte und Gegenwart der jüdischen Bürger von Graz auf die Spur. Seit dem Jahr 2000 hat Graz auch auf universitärer Ebene eine neue Institution, die sich ausschließlich mit jüdischer Kultur und Geschichte beschäftigt.

Das „David-Herzog-Centrum“, benannt nach dem 1938 vertriebenen letzten Landesrabbiner, entstand im Umfeld der Abteilung für Zeitgeschichte an der Uni Graz. Dadurch wird es in Zukunft den Studierenden ermöglicht, vermehrt Lehrveranstaltungen zu jüdischen Themen zu belegen.

Durch die wiedererrichtete Synagoge und die gesteigerte mediale Präsenz stieg auch das Interesse nicht-jüdischer Grazer an Geschichte und Gegenwart der jüdischen Gemeinde in der Murstadt merkbar an. Die neue Synagoge ist für Graz nicht nur eine architektonische Bereicherung an sehr exponierter Stelle, direkt an der Mur. Sie ist vor allem nicht zu übersehen; und damit ein Symbol für die jüdische Geschichte und Zukunft der Stadt an der Mur.

Für die Israelitische Kultusgemeinde ist sie vor allem Zeichen eines neuen Selbstbewusstseins, mit dem man seither auftritt. Und ein Zeichen für die Rückkehr der jüdischen Gemeinde ins Zentrum des religiösen und kulturellen Lebens der steirischen Landeshauptstadt.

Dass diese Öffnung gelungen ist, beweisen die Tausenden Besucher, die im ersten Jahr ihres Bestehens die neue Synagoge besuchten.

Martin Schemeth, Geschichtestudent und Mitarbeiter der Regionalgruppe Graz

transversal.

Zeitschrift des Centrums für Jüdische Studien Graz.

Seit April 2000 existiert an der Universität Graz ein eigenes Forschungsinstitut, das sich mit der Geschichte und Kultur des Judentums befasst: das David-Herzog-Centrum (DHC) für Jüdische Studien. Seine Besonderheiten liegen im interdisziplinären Ansatz und in der internationalen Ausrichtung in Forschung und Lehre.

Davon kann man sich durch einen Blick in die Zeitschrift transversal überzeugen, deren dritte Nummer kürzlich erschienen ist. Nach einer Sondernummer über die in Österreich noch kaum etablierte Disziplin der Jewish Studies (1/2000) und einer Nummer zum Thema Judentum und Männlichkeit (1/2001), ist die laufende Nummer als offenes Heft konzipiert.

Dirk Rupnow analysiert die komplexen Beziehungen zwischen Musealisierung und Vernichtung im Zusammenhang mit dem „Jüdischen Zentralmuseum“ in Prag. Parallel zur Auflösung der jüdischen Gemeinden des Protektorats und der Deportation ihrer Mitglieder in die Vernichtungslager sammelte das Zentralmuseum die anfallenden Kultgegenstände in seinen Depots. Vor diesem Hintergrund unterzieht Rupnow die These vom „Gedächtnismord“, der gemeinhin dem realen Mord an den europäischen Juden zur Seite gestellt wird, einer kritischen Revision.

Zwei weitere Beiträge beschäftigen sich mit der jüdischen Kultur um die Jahrhundertwende. Ekkehard W. Haring untersucht die Rolle des „nervösen Körpers“ im Werk von Franz Kafka. „Nervosität“ wurde um die Jahrhundertwende zu einer zentralen Metapher des modernen Lebens in der Großstadt schlechthin. Ihre Symptome, häufig als Zeichen der körperlichen Degeneration gelesen, wurden Teil eines gängigen antisemitischen Stereotypes.

Ein Beitrag von Ian Reifowitz ist dem österr. Rabbi, Journalisten und Politiker Joseph Samuel Bloch gewidmet. Bloch verfolgte das Ziel, dem zunehmenden Antisemitismus in der österr. Monarchie durch die Schaffung einer selbstbewußten jüdischen Identität entgegenzutreten.

Einen historischen Überblick über die Geschichte der steirischen Juden gibt Heimo Halbrainer.

Einige Nachträge zur „Burger-Debatte“ und ein Interview mit Carl Djerassi (die „Mutter“ der Pille), der als 15-Jähriger aus Wien vertrieben wurde, runden das Heft ab.

Info: dhc.graz@kfunigraz.ac.at

Herwig Czech

Antisemitismus in Vorarlberg

Im Juni 2001 wurde in Hohenems der einzige jüdische Friedhof Vorarlbergs geschändet. Die Reaktion der verantwortlichen Stellen war bemerkenswert. Das Umwerfen von 18 Grabsteinen wurde der Öffentlichkeit praktisch umgehend als „Jugendstreich ohne rassistischen Hintergrund“ vermittelt, obwohl es bis heute nicht zur Aufspürung des oder der Täter(s) gekommen ist.

Öffentlichkeitswirksam gab es kaum Stimmen, die den Vandalenakt als Symptom für einen gesellschaftlichen Zustand bewerteten. Dr. Werner Bundschuh wies als Obmann der Johann- August-Malin-Gesellschaft, eines Historiker-Vereins, mehrfach auf diesen Missstand hin. Der Hohenemser Bürgermeister hatte ja sogar eine ganz eigene Theorie aufgestellt: Die mit offensichtlicher Brachialgewalt zerstörten Grabsteine seien wegen eines Unwetters einfach „umgefallen“. Erst eine eigens bestellte Geologin stellte auch für die Öffentlichkeit klar, dass die seit Jahrhunderten stehenden Grabsteine nicht durch Erosion umgefallen sein konnten.

„Tod den Juden“

Antisemitismus hat in Vorarlberg leider Tradition. Lange Zeit wurde das von der historischen Forschung des Landes ignoriert. Erst seitdem sich Historiker der Malin-Gesellschaft mit diesem Aspekt der Geschichte befassten, ließen sich bestimmte Fakten nicht mehr leugnen: Etwa dass sich im Jahre 1888 an zahlreichen Stellen in der Gemeinde Hohenems die Aufschrift „Tod den Juden“ fand. Oder die Tatsache, dass die größte Vorarlberger Tageszeitung, das christlichsoziale „Vorarlberger Volksblatt“, kurz vor der Jahrhundertwende tagtäglich mit dem Hinweis „Kauft nur bei Christen“ erschien. Ein aus einer Faust gestreckter Zeigefinger links und rechts des Textes hob die Einschaltung jeweils noch zusätzlich hervor. Der Hohenemser Korrespondent des Blattes erging sich immer wieder in wüsten antisemitischen Beschimpfungen: „Wer auf Hohenems blickt und sieht, was durch die aufgezwungene Beimischung des schwer verträglichen Elementes aus der großen blühenden Gemeinde geworden, begreift, wie man sich im Norden und Süden, im Osten und Westen Europas gegen die Juden aufbäumt.“ Die Juden werden vor „einem dauerhaften und steigenden Hass“ gewarnt, „der eines Tages, wenn auch vielleicht nicht in Hohenems, zum Ausbruch kommen wird“. Eine beklemmende Prophezeiung.

Neben den deutschnationalen Parteien und ab den 20er Jahren der NSDAP war es vor allem die dominierende christlichsoziale Partei, die mit antisemitischer Propaganda erfolgreich Politik betrieb. In ihrem Parteiprogramm aus dem Jahre 1918 hieß es im Kapitel acht über die Ziele der Partei: „Sie (die christlichsoziale Partei, d. Verf.) bekämpft mit aller Entschiedenheit die Vorherrschaft des Judentums, sowie überhaupt den unheilvollen Einfluß des jüdischen Geistes auf allen kulturellen, wirtschaftlichen und politischen Gebieten.“

Antisemitismus war nicht nur in den erwähnten Parteien vorhanden, er war gesellschaftsfähig. Der „Arierparagraph“ schloss Juden von der Mitgliedschaft in sehr vielen kulturellen Organisationen und Sportvereinen aus. In Feldkirch musste beispielsweise ein getaufter und sehr angesehener Kaufmann – er war sogar Absolvent des katholischen Elitelyzeums Stella Matutina – in den 20er Jahren aus dem Alpenverein austreten – seit 1908 hatte er ihm angehört, dann entdeckte man seine „jüdischen Wurzeln“.

Das war nicht das Klima für eine fruchtbare Nebeneinander: Nachdem die Verfassung von 1867 auch den Juden das freie Niederlassungsrecht gewährte, halbierte sich in Hohenems von einem Jahr auf das andere die jüdische Bevölkerung. Die antisemitische Propaganda im Land und das Aufkommen der NSDAP in den späten 30er Jahren taten ein Übriges.

In der kleinen Gemeinde Röthis kam es beispielsweise im August 1922 zu antisemitischen Ausschreitungen, weil in einer Gruppe von Urlaubern auch jüdische Studenten ausgemacht worden waren. 100 bis 150 aufgebrachte Dorfbewohner forderten laut Gendarmeriebericht deren sofortige Abreise.

Für den damaligen Landeshauptmann und späteren Bundeskanzler Otto Ender waren die Juden „ein Gastvolk“. Er hatte nichts dagegen, dass etwa 1925 in Götzis ein Vortrag über „Die zersetzende Macht des Judentums“ abgehalten wurde. Dies mit der Begründung, nicht die einheimischen, sehr wohl aber „die Ostjuden seien eine Gefahr“. Schon zwei Jahre vor der nationalsozialistischen Machtübernahme veröffentlichte die zweitgrößte Tageszeitung des Landes, das Vorarlberger Tagblatt, eine Liste angeblich „jüdischer Geschäfte“ und deren Inhaber – darunter befanden sich etliche katholische und evangelische Christen – mit der Aufforderung zum Boykott: In Vorarlberg sei „für eine jüdische Kolonie kein Bedarf und kein Platz vorhanden“. Es gelte der Ruf: „Vorarlberg den Vorarlbergern!“

Das war ein idealer Nährboden für die NSDAP, die im Land seit 1932 enormen Zulauf hatte. Die Lage war für die Sicherheitsbehörden zum Verzweifeln. Seit dem 19. Juni 1933 war die Partei in Österreich zwar verboten, in Dornbirn – der größten Stadt des Landes – beherrschte sie aber praktisch die öffentliche Diskussion. Peinlich für den Vorarlberger Sicherheitsdirektor Ludwig Bechinie. Schließlich erhielt er vom Bundeskanzleramt den Auftrag, einen Bericht über die Hintergründe dieser Situation nach Wien zu schicken. Die führenden Industriellenfamilien der Stadt, so berichtete Bechinie schließlich im Mai 1934 nach Wien, seien „fast in ihrer Gesamtheit ins nationalsozialistische Lager“ übergegangen und hätten „fast ganz Dornbirn und Umgebung in diese Richtung“ gezwungen, seien „doch Arbeiter, Gastwirte und Geschäftsleute aller Art von ihr abhängig“. Diese Übermacht habe eine Atmosphäre geschaffen, „in der die Bevölkerung nicht einmal mehr zu atmen wagte“, der Kampf der Behörden gegen die Nazis sei wegen der Übermacht der NSDAP und ihrer Hintermänner „defensiv und wirkungslos“ gewesen.

Politisch motivierte Entlassungen standen in den großen „NS-Betrieben“ des Landes auf der Tagesordnung. Leidtragende waren nicht nur Sozialdemokraten und Kommunisten – das wäre in der Logik des austrofaschistischen Ständestaates gelegen – sondern auch „Schwarze“, also Anhänger der einzigen zugelassenen Partei!

„Arisierungen“ als Lohn

Nach dem „Anschluss“ gab es dafür den „verdienten“ Lohn. Die Eigentümer von F. M. Hämmerle und Franz M. Rhomberg konnten in Wien von der für „Arisierungen“ zuständigen „Vermögensverkehrsstelle“ eines der europaweit größten Kaufhäuser erwerben: Die Herzmansky KG ging um vergleichsweise bescheidene 600.000 Reichsmark an die Dornbirner NS-Fabrikanten. Allein der Gewinn des vorangegangenen Geschäftsjahres hatte über 810.000 Reichsmark ausgemacht. Die Umsätze des Kaufhauses hatten sich im Kaufrausch der „Anschluss-Zeit“ zudem praktisch verdoppelt. Zum Vergleich: Der Landesvoranschlag für das Land Vorarlberg sah für 1938 Ausgaben in der Höhe von umgerechnet etwa sechs Millionen Reichsmark vor, der Umsatz des Kaufhauses Herzmansky dürfte im Jahr 1939 etwa 29 Millionen Reichsmark betragen haben. Aus diesen Gründen forderte die „Arisierungsstelle“ 1939 eine „Nachbesserung“ von 700.000 Reichsmark und eine Überprüfung des gesamten Verfahrens. Das allerdings verlief im Sand ...

Auch die persönliche Karriere der führenden Dornbirner Nazis kann sich sehen lassen. Herrmann Rhomberg etwa war als Firmenchef von Franz M. Rhomberg Österreichs größter Seidenspinner und einer der wichtigsten Baumwollspinner. Als Luftwaffenbeauftragter für den Wehrkreis XVIII war er für die Vergabe lukrativer Großaufträge für Vorarlberg, Tirol, Salzburg, Kärnten, die Steiermark und die angrenzenden südlichen Gebiete zuständig. Zudem wurde er Vizepräsident der Gauwirtschaftskammer, erhielt eine „privilegierte“ NSDAP-Parteinummer und eine bedeutende Position im NSKK. Dass sein Unternehmen als NSMusterbetrieb ausgezeichnet wurde, versteht sich fast von selbst.

Kaum mehr von Interesse war zu diesem Zeitpunkt das Schicksal der einheimischen Juden. Zu Beginn der NS-Zeit lebte nur noch ein gutes Dutzend Juden in der Gemeinde Hohenems, etwas über hundert nach den „Nürnberger Gesetzen“ als Juden eingestufte Menschen in ganz Vorarlberg. Ein Großteil konnte fliehen. Eine bis heute nicht exakt rekonstruierbare Zahl von Menschen wurde in den Konzentrationslagern des Dritten Reiches ermordet.

Ein bedrückendes Exempel für ein Verfolgungsschicksal im NS-Staat ist das eher ungewöhnliche Beispiel der Frieda Nagelberg (1889-1942) aus Hohenems. Hier wird dokumentiert, dass der nationalsozialistische Vernichtungswahn gegenüber Juden im Einzelfall auch Mitglieder anderer religiöser Minderheiten treffen konnte. Die aus Galizien stammende Frau war 1930 von einem Prediger der Siebenten-Tags-Adventisten in Vorarlberg getauft worden. 1940 gab sie vor der Gestapo zu Protokoll, dass sie in dieser Glaubensgemeinschaft seit längerer Zeit nicht mehr aktiv mitgewirkt habe. Von Augenzeugen wird berichtet, dass sich Frieda Nagelberg im Laufe der 30er-Jahre den Zeugen Jehovas zugewandt habe.

Als im Frühsommer 1940, wie überall in Deutschland, die Vorbereitungen zur zentralen Erfassung und „Zwangsumsiedlung“ der Juden in Angriff genommen wurden, protestierte der Bürgermeister und NSDAP-Ortsgruppenleiter des Marktes Hohenems, Josef Wolfgang, gegen die Zurückbehaltung von Frieda Nagelberg an ihrem Wohnort. Der Vorstand der jüdischen Kultusgemeinde, Theodor Elkan, der mit der organisatorisch-technischen Abwicklung der „Umsiedlung“ beauftragt war, hatte die als „Rassejüdin“ eingestufte Frau in die Aktion nicht mit einbezogen. Dass die frühere Jüdin inzwischen „einer anderen Glaubenssekte“ angehöre, wollte der Bürgermeister nicht gelten lassen. „Nachdem durch diese Umsiedlungsaktion nun alle anderen Juden aus Vorarlberg entfernt“ worden seien, teilte er dem Landrat

in Feldkirch mit, „halte ich es für angezeigt, dass auch Frieda Nagelberg aus dem Lande entfernt wird, trotzdem sie im Versorgungsheim regelmäßig als Wäscherin schon seit Jahren verwendet wird und ihr Verhalten zu keinerlei Klagen Anstoß gibt. Ich bitte Sie zu veranlassen, dass auch Frieda Nagelberg den Auftrag zur Umsiedlung nach Wien erhält“.

Unabhängig von ihrer Religionszugehörigkeit wurde sie schließlich als so genannte „letzte Jüdin“ am 25. Februar 1942 nach Wien und kurze Zeit später in den Osten deportiert, von wo sie nicht mehr zurückkehrte. Letzte Hinweise zu ihrer Person datieren vom 9. April 1942 im „Durchgangslager“ Izbica/Polen, unweit vom Vernichtungslager Majdanek/ Lublin entfernt.

Gerade für einen Hohenemser Bürgermeister wäre es heute angebracht, auch schon den kleinsten antisemitischen Strömungen – geschweige denn der Schändung eines Friedhofs – mit aller Konsequenz und unzweideutig entgegenzutreten.

Harald Walser, Historiker

Steffi bei GEDENKDIENTST

oder: Wie man gleichzeitig drei Telefonate führt, ein e-mail beantwortet, Akten ordnet und trotzdem die Übersicht behält...

Seit September 2001 arbeitet eine neue europäische Freiwillige im Büro von Gedenkdienst. Stefanie Lucas ist 23 Jahre alt und studiert derzeit Museumskunde in Berlin. Für GEDENKDIENTST sprach Florian Huber mit ihr.

Was hat dich dazu bewogen dich für ein freiwilliges Jahr bei Gedenkdienst zu entscheiden?

Im Rahmen meines Studiums der Museumskunde in Berlin bin ich ohnehin verpflichtet ein Praktikumsemester zu absolvieren. Mein einjähriges Studium der Geschichte, Politik und der Jüdischen Studien in Halle erweckte die Neugier und den Wunsch, mich näher und intensiver als bisher mit diesem Teil der europäischen Geschichte auseinanderzusetzen.

Welche Rolle nimmt diese Auseinandersetzung in deinem Leben ein?

Die nationalsozialistische Vergangenheit ist bei uns nach wie vor ein vieldiskutiertes Thema, das allerdings oft nur sehr verkrampft und ohne die meiner Meinung nach wichtige historische Distanz angegangen wird. Diese Distanz ermöglicht erst einen objektiveren Zugang ohne eine Verklärung der historischen Tatsachen. In Deutschland aber lässt das vorhandene Empfinden einer kollektiven Schuld im seltensten Fall eine unbeeinflusste Vermittlung zu. Die prägendsten Eindrücke gewann ich während meines Aufenthaltes in einem Kibbuz, wo ich das erste Mal direkt mit Überlebenden des Holocaust in Kontakt kam. Dieser Eindruck verstärkte sich durch einen Besuch in Yad Vashem. Überhaupt wurde mir in Israel meine deutsche Identität sehr intensiv bewusst gemacht.

Gibt es denn in Österreich nach deinen Erfahrungen eine andere Herangehensweise an das Thema Holocaust?

Man kriegt sehr schnell mit, dass sich Österreich im Unterschied zu Deutschland noch immer in der Rolle eines Opfer der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft gefällt. Jedenfalls empfinde ich es als enorm spannend, mehr über die österreichische Aufarbeitung der Geschichte und die Bestrebungen die eigene Rolle aktiv zu hinterfragen, zu erfahren. Dass diese Auseinandersetzung aber genauso hier stattfindet, beweisen doch Projekte wie Gedenkdienst, oder?

Florian Huber, Judaistikstudent und Schriftführer des Vereins GEDENKDIENTST

Der lange Schatten der NS-Medizin

Am 28. April werden am Wiener Zentralfriedhof knapp 600 Urnen mit sterblichen Überresten von Opfern der NS-Kindereuthanasie am „Spiegelgrund“ bestattet. Eine dunkle Episode der österreichischen Geschichte findet damit ihren vorläufigen Abschluß. Die Suche nach den Gründen für dieses späte Begräbnis mehr als ein halbes Jahrhundert nach Kriegsende führt mitten in die Geschichte der NS-Medizin in Österreich und ihrer gescheiterten Bewältigung in den Jahrzehnten nach 1945.

Doch kehren wir zurück zum Ausgangspunkt der Geschichte. Im Sommer 1940 eröffnete die Wiener Stadtverwaltung in der „Heil- und Pflegeanstalt Am Steinhof“ eine Fürsorgeanstalt für Kinder. Sie erhielt die Bezeichnung „Am Spiegelgrund“. Die Gründung war möglich, weil vorher in der Anstalt Platz geschaffen worden war: die „Kanzlei des Führers“ liess rund 3200 Steinhöfer PatientInnen nach Hartheim deportieren und vergasen. Auch der „Spiegelgrund“ sollte der Vernichtung „lebensunwerten Lebens“ dienen. Behinderte Kinder und Jugendliche wurden systematisch erfaßt und in die Tötungsklinik eingewiesen. Gelangten die dort tätigen Ärztinnen und Ärzte zu dem Schluss, dass mit keiner künftigen Arbeitsleistung im Dienste der NS-Volksgemeinschaft zu rechnen war, so berichteten sie nach Berlin. Drei Gutachter des dortigen „Reichsausschusses zur wissenschaftlichen Erfassung erb- und anlagebedingter schwerer Leiden“ entschieden über Leben oder Tod der Betroffenen. Gaben sie die Ermächtigung zum Mord, so erhielten die Kinder hochdosierte Schlafmittel. Waren sie entsprechend geschwächt, so starben sie an einer Infektionskrankheit, in der Regel Lungenentzündung.

Die gnadenlose Kosten-Nutzen-Rechnung, der die Nationalsozialisten das menschliche Leben unterwarfen, erlaubte keine „unnützen Esser“. Sie erlaubte aber auch keinen unnützen Tod: Die Leichen der Euthanasieopfer wurden für die wissenschaftliche Forschung aufbewahrt. Daran scheint sich auch nach dem Krieg niemand gestossen zu haben: Beim Prozess gegen einen der Hauptverantwortlichen der Wiener Kindereuthanasie, den ehemaligen Leiter des Spiegelgrund Dr. Ernst Illing, sagte die Prosektorin des Steinhof Dr. Barbara Uiberrak:

„Fast jeder der einzelnen Fälle ist wissenschaftlich gesehen hoch interessant. Wir haben „Am Steinhof“ noch alle 700 Gehirne, in den meisten Fällen auch die Drüsen mit innerer Sekretion, fixiert ausgebaut, sodaß sie jederzeit einer wissenschaftlichen pathologischen Untersuchung zugeführt werden können. Ich glaube, daß es lohnend wäre, einige Fälle aus jedem Jahr herauszugreifen.“

Illing selbst sollte dazu keine Gelegenheit mehr haben: er wurde im November 1946 hingerichtet. Seinem ehemaligen Abteilungsarzt im Tötungspavillon XV, Dr. Heinrich Gross, sollten die gesamten Früchte der gemeinsamen Arbeit zufallen. Während Illing vor Gericht stand, befand Gross sich in sowjetischer Kriegsgefangenschaft. Bei seiner Rückkehr 1948 wurde er verhaftet und ebenfalls angeklagt. Das politische Klima in Österreich hatte sich jedoch bereits soweit zugunsten der („ehemaligen“) Nationalsozialisten verschoben, dass Urteilssprüche immer seltener wurden. Die erste Instanz verurteilte Gross zwar, nach der Aufhebung des Urteils wegen formaler Mängel verlief das Verfahren jedoch im Sand.

Gross startete seine zweite Karriere. Er trat dem „Bund Sozialistischer Akademiker“ (BSA) bei, wo viele „Ehemalige“ hilfreiche Seilschaften bildeten. Die Stadt Wien nahm in wieder in ihre Dienste, diesmal in der Nervenheilanstalt „Am Rosenhügel“, wo sich Gross konsequenterweise zum Neurologen und Psychiater ausbilden liess.

Anfang der 50er-Jahre begann er mit der Auswertung der Gehirne, die in der Prosektur des Steinhof aufbewahrt worden waren. Bald folgte Publikation auf Publikation. Gross gab sich keine grosse Mühe, die Herkunft seines „Materialies“ zu verschleiern, wengleich er natürlich darauf verzichtete, die näheren Umstände seiner Entstehung zu erläutern. Bis ins Jahr 1978 erschienen über 30 Arbeiten, an denen teilweise prominente Kollegen von Gross beteiligt waren: F. Seitelberger etwa, ehemaliges SS-Mitglied und Rektor der Universität Wien in den 70er-Jahren. 1968 erhielt Gross ein eigenes „Ludwig Boltzmann-Institut zur Erforschung der Mißbildungen des Nervensystems“, das sich in den ersten Jahren seines Bestehens ausschliesslich auf die Auswertung der Spiegelgrund-Gehirne konzentrierte.

Heinrich Gross zählte jahrzehntelang zu den prominentesten Psychiatern Österreichs. Das hing zum Teil mit seiner Tätigkeit als Gerichtsgutachter zusammen, die er oft bei aufsehenerregenden Prozessen ausübte. Drei seiner prominentesten Begutachtungsfälle: Günter Brus, Otto Mühl und Oswald Wiener, die wegen der berühmten „Uni-Ferkelei“ vom 7. Juni 1968 vor Gericht standen.

Neben seiner Tätigkeit als Gerichtsgutachter und Hirnforscher fand Gross auch die Zeit, sich als Pharmatester zu betätigen. Auf seiner Abteilung am „Steinhof“ stand ihm das dafür nötige „Krankengut“ zur Verfügung. Gross genoss das Vertrauen der Pharmaindustrie: Oft kamen die neuen Präparate direkt

aus dem Tierversuchslabor, um an den Steinhöfer Patienten ausprobiert zu werden. Allein zwischen 1958 und 1968 testete er nach eigenen Angaben 83 verschiedene Psychopharmaka an teilweise weit über hundert Patienten.

Mitte der 70er-Jahre begutachtete Gross einen Überlebenden des Spiegelgrund, Friedrich Zawrel. Dieser erkannte seinen Peiniger aus der NS-Zeit wieder. Gross verfasste ein vernichtendes Gutachten, in dem er sich ungeniert aus der Spiegelgrund-Akte Zawrels bediente, um den unliebsamen Zeugen zum Schweigen zu bringen. Der Plan wäre auch fast aufgegangen, wenn sich die „Arbeitsgemeinschaft Kritische Medizin“ nicht des Falles angenommen hätte. Im Zuge der folgenden öffentlichen Auseinandersetzungen kam es zu einem Ehrenbeleidigungsprozess zwischen Gross und Dr. Werner Vogt, der mit einer juristischen Niederlage Gross' endete. Das Gericht sah die Beteiligung von Gross an den NS-Kindermorden als erwiesen an. Dieser kam dennoch mit einem blauen Auge davon: die Niederlage im Zivilprozess führte zu keinen strafrechtlichen Konsequenzen. Gross konnte seine Tätigkeit als Gerichtsgutachter unbehelligt fortsetzen. Ähnlich halbherzig die politischen Konsequenzen: die SPÖ (und mit einiger Verzögerung auch der BSA) schloss ihn zwar aus, die Ludwig Boltzmann-Gesellschaft hielt ihrem Institutsleiter jedoch die Stange: das Gross-Institut wurde mit dem „Ludwig Boltzmann-Institut für klinische Neurobiologie“ zusammengelegt, Prof. Kurt Jellinger und Heinrich Gross übernahmen die gemeinsame Leitung. Erst 1989 musste Gross auf Druck des Wissenschaftsministeriums diese Funktion zurücklegen.

Über der Präparatesammlung lag ein Mantel des Schweigens. Angehörige von Jugendlichen aus Hamburg, die nach Wien deportiert und am Spiegelgrund getötet worden waren, versuchten jahrelang, Auskunft über die sterblichen Überreste der Opfer zu erlangen. Die Wiener Zuständigen blockten ab. So mancher, der sich jetzt bei der Aufarbeitung der Angelegenheit profiliert, war noch vor wenigen Jahren an dieser Vertuschung beteiligt.

Dennoch setzte ein langsames Umdenken ein. Im „Bedenkjahr“ 1988 wurde ein Lagerraum im Keller der Pathologie in einen „Gedenkraum“ umfunktioniert. Die Sammlung sollte plötzlich als Mahnmal fungieren, wengleich einzelne Gehirne immer noch für eine eventuelle wissenschaftliche Bearbeitung vorgesehen waren.

Die entscheidende Wende erfolgte erst mit dem neuerlichen Verfahren gegen Gross Ende der 90er-Jahre. Der Prozess scheiterte zwar an der attestierten Verhandlungsunfähigkeit des Angeklagten, dieser war aber nun zumindest politisch isoliert. Gesundheitsstadtrat Sepp Rieder nannte Gross einen „Mörder“ und liess die Bestattung der Präparate vorbereiten. Diese positive Tendenz setzte sich auch unter seiner Nachfolgerin Elisabeth Pittermann fort.

Rückzugsgefechte blieben dennoch nicht aus. Der Leiter des LBI für Klinische Neurobiologie Kurt Jellinger versuchte, die Existenz von zehntausenden histologischen Präparaten der Spiegelgrund-Opfer in seinem Institut zu verheimlichen und somit der Bestattung zu entziehen.

Ungeklärt ist auch die Frage, was mit den noch vorhandenen Präparaten aus der „Heil- und Pflegeanstalt Am Steinhof“ geschehen soll, die ebenfalls aus der NS-Zeit stammen. Wer die Geschichte der Anstalt kennt, muss davon ausgehen, dass es sich bei diesen Menschen zum Grossteil um Opfer der „dezentralen Anstaltstötungen“ der Jahre 1941 bis 45 handelt.

Die Bestattung der sterblichen Überreste der Spiegelgrund-Opfer ist vor allem für die Angehörigen ein äusserst wichtiger Akt. Als politisches Symbol ist sie ambivalent. Es steht zu befürchten, dass die Verantwortlichen an das Begräbnis wieder einmal die Hoffnung auf einen Schlusstrich, auf eine endgültige Erledigung knüpfen werden. Dabei steckt die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit dem Thema noch in den Anfängen. Viele Bereiche der NS-Medizin sind noch unzureichend erforscht. Insofern war es nur konsequent, dass Elisabeth Pittermann im Herbst 2001 neben der Bestattung der Gehirnpräparate auch die Errichtung einer Gedenk- und Forschungsstätte ankündigte, die sich der Auseinandersetzung mit diesem Thema widmen soll. Inzwischen liegt ein entsprechendes Konzept vor, an dessen Verwirklichung der politische Wille zu einer umfassenden Auseinandersetzung mit dem schwierigen Thema Medizin und Nationalsozialismus zu messen sein wird.

Herwig Czech, Mitarbeiter des DÖW und Gedenkdienstleistender 2002/03

Von der Zwangssterilisierung zur Ermordung

Der zweite Band zur Geschichte der NS-Euthanasie in Wien untersucht auf 404 Seiten, in 11 Kapiteln wichtige Aspekte zur Geschichte der Medizin im Nationalsozialismus. Die so genannte NS-Euthanasie in Wien wird ausführlich behandelt. Die damit verknüpften Themenfelder NS-„Erziehung“ und NS-„Jugendfürsorge“ werden detailliert untersucht. Der Historiker Peter Schwarz liefert ein bemerkenswertes Kapitel über die „wilde Euthanasie“ am Steinhof während der NS- Zeit. Überhaupt nimmt der Steinhof im gesamten Buch eine zentrale Stellung ein, wobei sich das Buch auch ausführlich mit aktuellen Bezügen und Fragestellungen rund um die Euthanasie beschäftigt. Die Präparatesammlung am Spiegelgrund und ihre wissenschaftliche Auswertung bilden ebenfalls ein wichtiges Thema des Bandes. Der Medizinhistoriker Michael Hubenstorf deckt die intellektuellen Netzwerke der NS- Patientenmordaktion in Österreich auf. Dabei beschäftigt er sich intensiv mit den Vor- und Nachkriegskarrieren der Täter.

Literaturhinweis:

Von der Zwangssterilisierung zur Ermordung, Teil II.

Herausgeber: Eberhard Gabriel und Wolfgang Neugebauer
Böhlau Verlag, Wien Köln Weimar. Erscheint im April 2002.

Wolfgang Lamsa, Mitarbeiter des DÖW

Minsk – ein Aufbruch

Partnerschaftstagung des IBB Minsk vom 6.-12. November 2001

Minsk – Hauptstadt und Regierungssitz der Republik Belarus – ist eine von Gegensätzen geprägte Stadt. Steht man im Stadtzentrum noch vor monumentalen, sowjetischen Prunkbauten, so erlebt man nur wenige Kilometer weiter zum Stadtrand Industrie- und vorstadtgleiche Viertel, in denen sich große Fabrikhallen und sozialistische Wohnbaukomplexe abwechseln und ein Bild formen, das sich dem Besucher in merkwürdiger Art und Weise einprägt. In einem dieser Viertel steht das Bildungs- und Konferenzzentrum des IBB Minsk (Internationales Bildungs- und Begegnungswerk), das in seiner Funktion als Ort der Freien Rede eine einzigartige Position in der belarussischen Hauptstadt einnimmt.

Im Rahmen der Partnerschaftstagung vom 6.-12. November 2001 trafen sich Vertreter von Jugendorganisationen aus Deutschland, Italien, Österreich, Polen, Russland, Ukraine, Bosnien und Herzegowina, Belarus und den Niederlanden, um den Grundstein für eine grenzüberschreitende Kooperation ihrer jeweiligen Projekte und für die Gründung eines europäischen Jugendnetzwerkes zu legen. Als Vertreter des Vereins GEDENKDIENT waren Matthias Kail und Johanna Moser anwesend, der ehemalige Gedenkdienstleistende und ehemaliges Vorstandsmitglied des Vereins, Norbert Hinterleitner, vertrat die niederländische Anne Frank Stichting.

Am Tagungsplan stand neben Diskussionsrunden und Projektgruppen auch die Besichtigung des Minsker Ghettos unter der Leitung von Zeitzeugen und der Besuch des ehemaligen Konzentrationslagers Trostinec, das sich in unmittelbarer Nähe der Stadt befindet. In diesem Vernichtungslager fanden während der Nazi-Herrschaft mehr als 200.000 Menschen den Tod. Unter ihnen auch knapp 10.000 Wiener Juden, die, teilweise über das Konzentrationslager Theresienstadt, nach Minsk deportiert wurden. Das Gelände des Lagers Trostinec selbst lässt nichts von alledem erahnen. Gemüseärten der ansässigen Bevölkerung wechseln sich mit Wohnhausanlagen ab. Nur eine kleine Blechtafel erinnert an die Greuel der Nationalsozialisten.

Nach jahrelangen Bemühungen bekam man die Erlaubnis, den Opfern des Minsker Ghettos durch eine Steintafel und eine kleine „Allee der Gerechten“ ein Denkmal zu setzen. Der Bildhauer selbst wurde wegen der Erwähnung der „jüdischen Opfer“ inhaftiert, die Bäume der Allee mutwillig entwurzelt und gebrochen. Der Antisemitismus in der Republik Belarus ist weiterhin lebendig. Am ehemaligen jüdischen Friedhof findet sich ein schauerliches Beispiel: ein Davidstern am Galgen prangt neben den umgestürzten Grabsteinen. Gegenüber ein altes, dem Verfall preisgegebenes Haus, dessen von Hand gegrabener Keller etwa 30 Juden als Versteck während der Zeit des Ghettos (Juli 1941 - Oktober 1943) diente. Nur wenige überlebten diese Zeit in vollkommener Abgeschlossenheit von der Umwelt.

In jenem Gebäude soll nun, in Initiative des IBB Minsk und Dortmund, eine Geschichtswerkstätte entstehen, die als Hauptaufgabe die Aufarbeitung der Archivbestände und die archäologische Untersuchung des Lagergeländes Trostinec haben wird. Eine Zusammenarbeit mit GEDENKDIENT ist geplant, und stellt durch die soziale und politische Tragweite dieses Projekts eine große Herausforderung an das IBB und den Verein GEDENKDIENT dar. Ein deutscher oder österreichischer Historiker soll mit belarussischen Geschichtsstudenten die Leitung dieser Bildungsinstitution übernehmen. Den administrativen Problemen, die sich im Vorfeld dieses Projektes ergeben, stehen die praktischen, die der Renovierung und Adaptierung, sowie, in weiterer Folge, der tatsächlichen Bearbeitung der vorhandenen und teilweise sehr zerstreuten, Materialien gegenüber.

Im Zusammenhang mit diesem Projekt sollen seitens GEDENKDIENT auch Studienfahrten nach Minsk und weiteren Orten der Naziverbrechen in Belarus stattfinden.

Die Tagung selbst war von ausgezeichnetem gegenseitigem Verständnis – trotz allfälliger Sprachbarrieren, die von lokalen Dolmetschern gekonnt überbrückt wurden – und fruchtbaren Gesprächen geprägt, und brachte für alle Teilnehmer zukunftsreiche Aussichten auf internationale Zusammenarbeit in ihren Projekten.

Matthias Kail, Dolmetschstudent und Mitarbeiter bei GEDENKDIENT

Die österreichischen Opfer des Holocaust

Das DÖW präsentierte am 20. November 2001 gemeinsam mit der Israelitischen Kultusgemeinde die CD-ROM „Die österreichischen Opfer des Holocaust“. Diese Präsentation stellt das vorläufige Ergebnis des Projekts „Namentliche Erfassung der österreichischen Holocaustopfer“ dar.

Ausgangspunkt des vom Bundesministerium für Wissenschaft und Forschung in Auftrag gegebenen Projekts waren die Deportationslisten der Großtransporte aus Wien und die Deportationskartei der Israelitischen Kultusgemeinde. Durch vielfältige Kooperationen mit anderen wissenschaftlichen Einrichtungen auf nationaler und internationaler Ebene und durch die Hilfe von Überlebenden des Holocaust, sowie deren Angehörigen und Nachkommen, konnten bis jetzt etwa 62.300 österreichische Opfer des Holocaust erfasst werden.

Die CD-ROM beinhaltet eine Datenbank mit Informationen zum Schicksal der österreichischen Opfer. Aufgelistet werden Name, Vorname und Geburtsdatum des Opfers, der Zielort der Deportation und - soweit bekannt - der Todesort, sowie das Todesdatum. Eine weitere Datenbank mit Photographien der Erkennungsdienstlichen Kartei der Gestapo in Wien umfaßt ca. 350 Personen, die als Folge ihrer Verhaftung dem Holocaust zum Opfer gefallen sind.

Eine Dokumentation beschreibt den Leidensweg der österr. Jüdinnen und Juden vom sogenannten Anschluß 1938 bis zu den letzten Massakern 1945 kurz vor der Befreiung Wiens. Die einzelnen Kapitel werden durch Photos bzw. Dokumente, die die beschriebenen Ereignisse veranschaulichen ergänzt.

Die auf dieser CD-ROM porträtierten Menschen stehen stellvertretend für die 10.000sten österr. Opfer des Holocaust, von denen es keine Photos, keine Briefe oder andere Dinge gibt, die an sie erinnern könnten. Sie sind zum Teil an Orten ermordet worden, von denen auch interessierte Menschen bis jetzt nichts gehört oder gewußt haben

Wenn wir auch weiterhin nicht viel über diese ermordeten Menschen wissen, so kennen wir jetzt wenigstens ihre Namen. Das Projekt Namentliche Erfassung der österr. Holocaustopfer und damit auch diese CD-ROM, stellt einen notwendigen Akt des Gedenkens dar, der die Opfer vor dem absoluten Versinken in der Anonymität und vor dem Vergessen bewahrt.

Die österreichischen Opfer des Holocaust

Die CD umfasst eine Datenbank mit Informationen zum Schicksal von ca. 62.000 österreichischen Opfern des Holocaust. Aufgelistet werden Name, Vorname und Geburtsdatum des Opfers, Zielort der Deportation und - soweit bekannt - Todesort sowie Todesdatum.

Eine Dokumentation schildert die Shoah der österreichischen Jüdinnen und Juden. Weitere Beiträge betreffen das Jahr 1938, jüdische Opfer der NS-Euthanasie, kleinere Transporte in Konzentrationslager 1943-1945, aus Österreich geflüchtete und später ermordete Juden. Weiters beinhaltet sie knapp 900 Fotos, darunter rund 350 erstmals veröffentlichte Fotos aus der Erkennungsdienstlichen Kartei der Wiener Gestapo.

CD "Die österreichischen Opfer des Holocaust", deutsch/englisch, erhältlich um e 24,-

Dokumentationsarchiv des
Österreichischen Widerstandes,
Altes Rathaus, Wipplingerstr. 6-8
A-1010 Wien

oder online unter:

www.doew.at

Stephan Roth, Historiker und Mitarbeiter des DÖW

„Es ist nicht alles wurscht...“

GEDENKDIENTST speziell für Frauen und Nicht-Zivildienstpflichtige

Anfang September begannen zwei junge Österreicherinnen und ein Österreicher im Rahmen des Europäischen Freiwilligendienstes ihren Gedenkdienst: Am Anne Frank Zentrum in Berlin und an der Anne Frank Jugendbegegnungsstätte in Frankfurt.

Seit vergangenen September arbeiten Katharina Ráček (18), Robert Parzer (23) und Johanna Moser (23) an Holocaust-Gedenkdienst in Berlin und Frankfurt.

Am Anne Frank Zentrum in Berlin und an der Anne Frank Jugendbegegnungsstätte in Frankfurt am Main können die drei wertvolle Erfahrungen sammeln und sich bei diversen Projekten mitarbeiten. Beide Seiten profitieren davon. Die drei machen ein sogenanntes EVS-Jahr.

EVS steht für European Voluntary Service, ein von der EU-kofinanziertes Jugendaustausch-Programm für 18-25-Jährige, die sich in einem anderen EU-Land für ein Projekt ihres Interesses engagieren und Erfahrungen sammeln möchten.

Seit vergangenen Jahr bietet GEDENKDIENTST erstmals offiziell zwei EVS-Stellen für Frauen und nicht-zivildienstpflichtige Männer an: Das Anne Frank Zentrum Berlin ist eine Partnerorganisation des Anne Frank Hauses in Amsterdam. Neben der Deutschland-Koordination der internationalen Wanderausstellung „Anne Frank - eine Geschichte für heute“ organisiert das Zentrum Projekte für Jugendgruppen und Schulklassen aus Berlin und Umgebung und veranstaltet Stadtrundgänge zur jüdischen Vergangenheit und Gegenwart in Berlin. Es geht darum, Brücken zur Gegenwart zu schlagen, Antworten auf die Frage zu finden, welche Botschaften das Tagebuch Anne Franks heute vermitteln kann.

Johannas Einsatzstelle, die Jugendbegegnungsstätte in Frankfurt, versteht sich als Ort für Gespräche, zum Nachdenken und Lernen, veranstaltet Seminare und bietet Studienreisen zu Gedenkstätten an. Eine Ausstellung „Anne aus Frankfurt“ erzählt etwas über die Familiengeschichte der Franks, die Geschichte des Nationalsozialismus in Frankfurt, über Annes Leben in Frankfurt und in Amsterdam, ihren Tod in Bergen-Belsen.

GEDENKDIENTST entsendet seit 1992 Zivildienstpflichtige an Holocaust-Gedenkstätten ins Ausland, ist im Bereich Holocaust-Education tätig.

Die mittlerweile 23 „Männer-Gedenkdienstler“ sind schon vor einigen Wochen in alle Welt geflogen, sie treten immer Mitte Juli ihren Auslandszivildienst an: In Amsterdam, Auschwitz, Berlin, Brüssel, Budapest, Buenos Aires, Westerbork, Jerusalem, London, Moskau, New York, Paris, Prag, Tel Aviv, Theresienstadt, Vilnius, Warschau und Washington kämpfen sie gegen das Vergessen.

Johanna und Kathi finden es wichtig, dass gerade bei Jugendlichen und in Schulen der Gedanken- und Erfahrungsaustausch über die Zeit des Nationalsozialismus gefördert werde. In Österreich passiere, was Vergangenheitsbewältigung und politische Bildung an den Schulen betrifft, im allgemeinen sehr wenig bis gar nichts. „In Deutschland ist in der Aufarbeitung schon mehr passiert und passiert immer noch“, meint Kathi. Zusatz: „Vielleicht ist es dadurch für uns leichter, Interesse zu wecken.“ Johanna: „Oder vielleicht gerade dadurch auch schwerer.“

Katharina sieht das Problem darin, dass „Zusammenhänge in der Schule nicht aufgezeigt werden. Die Zeit des Nationalsozialismus ist ein Kapitel von vielen. Welche Auswirkungen das für später hatte, wird nicht diskutiert. Zur Aufarbeitung nach 1945 haben wir in der Schule gar nichts besprochen, obwohl das ja vom Thema her besonders interessant wäre.“

Johanna hatte vom „nur studieren“ irgendwann genug, und begann sich politisch zu engagieren.

„Das Erkennen, dass nicht alles wurscht ist, sondern dass man sinnvolle Sachen machen kann - das ist meine Motivation, dass ich was Sinnvolles mit Leuten mache, und mich dabei selbst weiterbringen kann...“

Judith Pfeifer, Politikwissenschaftlerin und Mitarbeiterin bei GEDENKDIENTST

Meine Zeit als EVSlerin am Anne Frank Zentrum Berlin in Berlin

Seit Anfang September 2001 leiste ich einen sog. Europäischen Freiwilligendienst beim Anne Frank Zentrum in Berlin. Meine „Entsendeorganisation“ ist der Verein „GEDENKDIENTST – Zivilersatzdienst – Holocaust Education – Europäischer Freiwilligendienst“ in Wien.

Gedenkdienst wurde 1992 als politisch unabhängige Organisation gegründet, deren vordergründiges Ziel es ist, Aufklärungsarbeit über den Holocaust zu leisten. Dabei wird besonders die Rolle von ÖsterreicherInnen in dieser Zeit zur Sprache gebracht.

Jährlich leisten über zwanzig junge Männer über den Verein einen Zivilersatzdienst an Holocaustgedenkstätten in Israel, Argentinien, den USA und Ländern in ganz Europa.

Seit Herbst 2001 gibt es drei Stellen in Deutschland (Anne Frank Zentrum in Berlin, Jugendbegegnungsstätte Anne Frank in Frankfurt/Main und Aktion Sühnezeichen Friedensdienste in Berlin), welche auch von Frauen besetzt werden können, da die Finanzierung über ein europäisches Förderungsprogramm läuft.

In Seminaren, Studienfahrten und allwöchigen Treffen wird die Möglichkeit der intensiven Auseinandersetzung mit dem Holocaust in einem weiten Kontext geboten.

Das Anne Frank Zentrum ist die deutsche Partnerorganisation des Anne Frank Hauses in Amsterdam. Es besteht seit 1998 und hat sich von Anfang an die Arbeit mit SchülerInnen und Jugendlichen zu seiner zentralen Aufgabe gemacht.

Die einzelnen Arbeitsbereiche bzw. Projekte sind: Eine Internationale Wanderausstellung „Anne Frank – Eine Geschichte für heute“, Pädagogisches Zentrum, Interkulturelle Entwicklung/Qualifizierung, Entwicklung von neuen Ausstellungen.

Die Geschichte der Familie Frank bildet den roten Faden der Ausstellung, gleichzeitig werden Portraits anderer Opfer, die historischen Hintergründe und, wie im Titel schon erkennbar, ein starker Gegenwartsbezug dar- und hergestellt.

Im pädagogischen Zentrum werden Schulen und Jugendgruppen zweistündige Projektveranstaltungen angeboten.

In einem variablen System aus pädagogischen Bausteinen wird durch die Geschichte Anne Franks eine Annäherung an den Holocaust mit seinen Ursachen und Folgen versucht. Aktuelle Themen wie Rassismus, Rechtsextremismus und Zivilcourage werden thematisiert und in Zusammenhang mit der Geschichte gebracht, ohne dabei vorschnelle Analogien zu ziehen. Junge Leute werden dazu angeregt, das Erfahrene in Bezug zu ihrem eigenen Handeln zu stellen.

Interkulturelle Entwicklung und Qualifizierung ist der jüngste Arbeitsbereich des Anne Frank Zentrums, welcher sich an Bildungseinrichtungen und Betriebe wendet. Anhand von Fortbildungsangeboten, Antidiskriminierungs-codes und interkulturellen Lernpaketen für Kinder und Jugendliche soll der positive Umgang mit kulturellen Diversitäten gefördert werden. Seit einigen Monaten befasst sich dieser Bereich mit der Entwicklung einer neuen Anne-Frank-Ausstellung, welche ständig in Berlin und in Frankfurt/Main zu sehen sein wird und in Zukunft den Kern der pädagogischen Arbeit vor Ort bilden soll. Es gibt hier eine enge Zusammenarbeit zwischen MitarbeiterInnen des Anne Frank Hauses in Amsterdam, der Anne Frank Jugendbegegnungsstätte in Frankfurt/Main und dem Anne Frank Zentrum.

Seit nunmehr 6 Monaten bin ich als Europäische Freiwillige in der pädagogischen Abteilung des Anne Frank Zentrums tätig. Gemeinsam mit der Leiterin, Maria

Kaneva-Moser, bin ich für den Betrieb dieser Abteilung zuständig. In den ersten Wochen machte ich mich mit der Büroorganisation vertraut und setzte mich intensiv mit der praktisch-pädagogischen Arbeit auseinander.

Bald begann ich, Schulklassen und Jugendgruppen zu begleiten. Wir haben ein Team von ca. 25-30 jungen freien MitarbeiterInnen. Für diese bin ich Ansprechpartnerin. Einmal pro Monat findet ein Treffen statt, bei dem sowohl organisatorische, als auch inhaltliche Dinge besprochen werden. Bei einer Studienfahrt im Oktober konnte ich, gemeinsam mit einigen der freien MitarbeiterInnen, das Anne Frank Haus in Amsterdam kennen lernen und viel über deren pädagogische Arbeit erfahren.

Im März werde ich ein AusstellungsbegeleiterInnenseminar in Ústí nad Labem, Tschechien durchführen, wo die internationale Wanderausstellung „Anne Frank – Eine Geschichte für heute“ (natürlich in tschechischer Sprache) gezeigt wird.

Für die nächste Studienfahrt nach Amsterdam bin ich intensiv in die Vorbereitungen involviert. Ich konnte in diesen Monaten sehr viel über mögliche Wege eines Umgangs mit, bzw. einer Annäherung an den Holocaust in einem weiten Kontext lernen.

Katharina Rácek, Maturantin und EVS-Freiwillige

Telegramm

Round Table Gespräch zu einem Jahr Restitutionsgesetzgebung

Auf Initiative des Claims Conference fand am 17. Jänner 2002 ein prominent besetztes Round Table Gespräch anlässlich des Abschlusses der Restitutionsverhandlungen zwischen Österreich, den USA, jüdischen Opferorganisationen und der IKG vor einem Jahr statt. Neben Mr. Saul Kagan und Moshe Jahoda als Gastgeber nahmen auch Vertreter der US-Botschaft in Wien, Dr. Winkler und Botschafter Dr. Sucharipa seitens des österreichischen Außenministeriums sowie u.a. Hannah Lessing vom Nationalfonds, Clemens Jabloner von der Österreichischen Historikerkommission, die Abgeordnete zum Nationalrat Terezia Stoisits und der Restitutionsbeauftragte der Stadt Wien, Kurt Scholz an der Diskussion teil. Von allen TeilnehmerInnen wurde die Entkopplung der Auszahlung des Pflegegeld und anderer sozialfürsorglicher Maßnahmen an Holocaust-Überlebende von der Frage der Rechtssicherheit gefordert. Mitte Februar folgte das Österreichische Parlament dieser Empfehlung. Von Seiten des Gedenkdienstes nahmen Judith Pfeifer und Christian Klösch am Round Table Gespräch teil. Gedenkdienst forderte dabei von Seiten Österreichs die Schaffung einer Institution zur Aufarbeitung und Vermittlung der Geschichte des Holocaust an Jugendliche. (ck)

Unser Wien – „Arisierung“ auf österreichisch

In einer rund 300 Seiten starken, jüngst bei Aufbau vorgelegten Publikation geben die beiden jungen Historiker Tina Walzer und Stephan Templ einen Überblick über die sogenannte „Arisierung“ in Wien zwischen 1938 und 1945. Kernstück des Buchs ist neben einer prägnanten Darstellung des historischen Hintergrundes von Tina Walzer der von Stephan Templ erarbeitete Katalogteil, der unzählige Apotheken, Verlagshäuser, Kinos, Kaffeehäuser etc. in Wien auflistet, die „arisiert“ wurden. Darüber hinaus zeigt das Buch bis heute bestehende Versäumnisse in der Aufarbeitung auf und führt profund in die aktuelle Restitutionsdebatte ein, wodurch es allen Interessierten vollends empfohlen werden kann. (fh)
Tina Walzer/Stephan Templ: Unser Wien – „Arisierung“ auf österreichisch. Aufbau-Verlag, Berlin 2001, € 21,15.

Emigration in Argentinien - ein Vortrag von Alfredo Schwarcz

Am 27. Februar 2002 fand ein Vortrag von Dr. Alfredo Schwarcz im Literaturhaus in Wien statt. Dr. Schwarcz ist ein argentinischer Psychologe, dessen Eltern mit ihm vor den Nazis aus Wien nach Argentinien flohen. Er arbeitet vorrangig mit Emigranten, vor allem Opfern des NS – Regimes. Der Vortrag und die Diskussion hatten das Thema der jüdischen Emigranten und deren Situation in Argentinien, einst wie jetzt. Auch das aktuelle Leben der argentinische Bevölkerung fand Erwähnung. Zahlreiche Fragen aus dem Publikum zur Thematik ergänzten das Programm. Am 1. März 2002 fand, dank der Bemühungen der Regionalgruppe Steiermark, ein ähnlicher Vortrag auch in Graz statt. Im Anschluss daran leitete Dr. Schwarcz einen Workshop für Interessierte in Wien. In diesem Workshop versuchte er, gemeinsam mit seiner Gattin, den Teilnehmern die Arbeit mit Emigranten näher zu bringen. Die Problematik des Emigrierens wurde in vielen Beispielen durch die gesamte Seminargruppe dargelegt. Auch die Erwartungen der Überlebenden in Bezug auf einen Gedenkdienstleistenden wurden angesprochen. Das Feedback der Teilnehmer zeigte, dass sie durchwegs wertvolle Erfahrungen aus diesem Wochenende mitnahmen. (ar)

ANNE FRANK – eine Geschichte für heute: Das Ausstellungsprojekt an österreichischen Schulen

„Wir glauben, dass Menschen dann am besten lernen, wenn sie das Aufgenommene anwenden müssen, wenn sie darüber sprechen oder diskutieren“, so Peter Hörburger, der derzeit Gedenkdienst an der Anne Frank Stichting in Amsterdam leistet. Das Ausstellungsprojekt ANNE FRANK – eine Geschichte für heute bringt die Vergangenheit an fünf österreichische Schulen: Ab Jänner 2002 ist die Ausstellung am BG/BRG Lienz, BRG Spittal/ Drau, BORG Bad Hofgastein, BHAK St. Johann, Höhere Internatschule des Bundes Saalfelden HIB Ausstellung 2 bis 3 Wochen lang zu sehen. Weitere Schulen meldeten ihr Interesse an.

Im Mittelpunkt der Ausstellung „Anne Frank – eine Geschichte für heute“ steht die Lebensgeschichte Anne Franks. Ihre Erfahrungen, ihre Geschichten formen immer die Einleitung zu faktischen Informationen über die geschichtlichen und gesellschaftlichen Ereignisse ihrer Zeit. Geschichte bekommt durch die persönlichen Erfahrungen Einzelner eine eigene Dimension. Nicht nur Anne Frank kommt in der Ausstellung zu Wort. Helfer, andere Überlebende, ihre Jugendfreundin Hanneli und ihr Vater Otto Frank lassen jugendliche Besucher ihre Erfahrungen miterleben. Wer sich in andere Menschen hineinversetzt, in ihre Erfahrungen und Gefühle, für den bekommen Fakten und Geschehnisse ein menschliches Maß und werden besser vorstellbar.

Die Gestaltung der internationalen Ausstellung zielt darauf ab, BesucherInnen neugierig zu machen. In der Ausstellung wird den jugendlichen Besuchern die Thematik auf sehr verschiedene Art zugänglich gemacht. Zitate aus dem Tagebuch der Anne Frank, Fotos, begleitende Texte, persönliche Erlebnisse von Überlebenden und Auszüge aus Dokumenten führen den Besucher durch die Ausstellung. Die Ausstellung soll nicht nur passiv besucht werden, sondern zur vielfältigen Auseinandersetzung mit Toleranz, Menschenrechten, Demokratie und der Situation von (verfolgten oder angefeindeten) Minderheiten anregen. Sie will sensibilisieren und nicht belehren. Dieses Anliegen wird von einem vielschichtigen Pädagogischen Konzept unterstützt, das vom Anne Frank Haus in Amsterdam entwickelt und bereits in vielen Ländern umgesetzt wurde: Die Schüler werden eingebunden, organisieren, helfen beim Aufbau, führen durch die Ausstellung, regeln den Transport etc. Ziel ist es, so viele Schüler wie möglich aktiv an den Ausstellungsprogrammpunkten zu beteiligen. Aktivitäten der Schulprojekte sind Workshops, AusstellungsbegleiterInnentraining, Pädagogisches Material, für AusstellungsbegleiterInnen und LehrerInnen. In Zusammenarbeit mit den Schülern wird ein entsprechendes Begleitprogramm zur Ausstellung entwickelt und umgesetzt. Das Ausmaß dieses Begleitprogrammes hängt sehr stark vom Engagement der einzelnen Schüler und Lehrer ab: Theateraufführungen (related topics), Zeitzeugengespräche (holocaust survivors, evtl. aus der Region), Einladungen an ehemalige Schüler die während des 2. Weltkrieges die selbe Schule besuchten, Leseabende (Gedichte), Thema Toleranz/Intoleranz, Podiumsgespräche, Organisation eines „Filmfestivals“, Studienfahrten, Erforschung und Dokumentation einer historischen Spurensuche vor Ort,... mit gefundenen Informationen selber ein Panel der Ausstellung gestalten, Organisieren von Diskussionsveranstaltungen die auf Themen der Ausstellung Bezug nehmen, Web/ Internet Gruppe, recherchieren im Internet was andere Schulen betreffend Holocaust, Menschenrechten, Toleranz, usw. gemacht haben, Internet Plattform erstellen, Musikalisches Programm für die Eröffnung/ während der Ausstellung, uvm. Nach diesen ersten fünf Schulen wird die Anne Frank Ausstellung voraussichtlich von Salzburg aus Richtung Westösterreich weiterreisen. GEDENKDIENTST freut sich einen kleinen Beitrag zu diesem Projekt geleistet zu haben. (Jup)